



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Ulrich Sieg: Vom Ressentiment zum Fanatismus. Zur Ideengeschichte des modernen Antisemitismus.

Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 2022, 318 S., ISBN 978-3-86393-135-3

Eher selten ist ein Verlagstext, der die Aktualität des beworbenen Buches preist, selbst ungewollt derart aktuell wie dieser über Ulrich Siegs Aufsatzsammlung „Vom Ressentiment zum Fanatismus“: seine „Inventur der historischen Auseinandersetzungen um den Antisemitismus, seiner Vertreter und seiner Gegner offenbart verstörend aktuelle Muster“. Die großen Krisen der letzten Jahre, die Finanzkrise 2008, die „Flüchtlingskrise“ 2015, die Corona-Pandemie und schließlich der Überfall Russlands auf die Ukraine haben tatsächlich gezeigt, wie aktuell der Antisemitismus nach wie vor ist. Seit dem 7. Oktober 2023 werden wir nicht zuletzt auch in Deutschland Zeugen einer neuen Welle des Judenhasses, die in jeder Hinsicht extrem erschütternd ist. Besonders fassungslos macht die Tatsache, dass es einmal mehr gerade Intellektuelle, oft auch junge, akademisch ausgebildete Menschen sind, die unverhohlen judenfeindliche Klischees verbreiten, sei es in Zeitungen, durch „offene Briefe“ oder durch als Spielwiese akademischer Medienstars dienende Podcasts.

Der Antisemitismus ist also keineswegs nur „der Sozialismus der dummen Kerls“, wie es das August Bebel zugeschriebene Bonmot will, sondern nicht weniger die Ideologie vieler Gebildeter. Kaum jemand hat sowohl die Geschichte jüdischer Gelehrter und Intellektueller als auch das dunkle Komplementärstück, die Ideengeschichte des akademischen Antisemitismus, seit Jahrzehnten so umfassend und tiefgründig erforscht wie der Marburger Historiker Ulrich Sieg. Vorliegender Band macht nun zehn Aufsätze aus den Jahren 1996 bis 2020 auch jenen bequem zugänglich, die sich nur gelegentlich auf den Feldern der Universitäts-, Ideen- und Philosophiegeschichte des deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik bewegen.

In dem „Schattenlinien des Kaiserreichs“ betitelten ersten Abschnitt zeichnet Sieg die durch die Gründung des deutschen Nationalstaats 1871 gesetzten Rahmenbedingungen jüdischen Lebens nach. Dem Abschluss des im späten 18. Jahrhunderts begonnenen Emanzipationsprozess durch die völlige rechtliche und staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden, dem damit einhergehenden sozio-ökonomischen Aufstieg und dem Willen, sich ganz mit der „deutschen Kulturnation“ zu identifizieren, standen, unter dem neuen Schlagwort „Antisemitismus“ gebündelt, zahlreiche Ressentiments und Widerstände gegenüber. Sie waren weiterhin religiös, aber auch politisch, ökonomisch und zunehmend rassistisch begründeter Provenienz. Nicht zuletzt gegen die nationalistische, anti-universalistische Verengung des deutschen Nationsbegriffs etwa durch Heinrich von Treitschke argumentierten jüdische Gelehrte wie



Moritz Lazarus voller Engagement, doch mit letztlich begrenztem Erfolg. Das Dreiecksverhältnis zwischen humanistischem Universalismus, deutschem Partikularismus und jüdischem Eigensinn blieb spannungsreich und widersprüchlich, sowohl in der Selbst- wie in der Fremdwahrnehmung.

Mit letzterer befassen sich schwerpunktmäßig die drei unter der Überschrift „Fanatismus im gelehrten Gewand“ zusammengefassten Aufsätze, die verschiedene Facetten des von Paul Anton Bötticher alias Paul de Lagarde vertretenen Antisemitismus behandeln. Marburg war einerseits, vor allem in Gestalt des dort vertretenen Neukantianismus Hermann Cohens, ein Epizentrum (links)liberalen philosophischen Denkens und Lehrens mit großer Strahlkraft; andererseits war Nordhessen spätestens mit dem Auftreten des „Bauernkönigs“ Otto Böckel ein Zentrum judenfeindlicher Agitation. Für deren gewissermaßen „gelehrsame Unterfütterung“ steht der Orientalist de Lagarde, der seinen rassistisch zuge-spitzten „Erlösungsantisemitismus“ nicht zuletzt durch seine Gelehrtenreputation für gebildete Kreise respektabel machte – seinen zunehmend unverhüllten Vernichtungsphantasien gegenüber Juden und Judentum ungeachtet. Was Cohen bei seinen Abwehrversuchen erfahren musste, war auch vielen anderen anti-antisemitischen Gelehrten widerfahren und gilt leider bis heute: Der Antisemitismus ist nicht *trotz*, sondern *wegen* seiner wissenschaftlichen Unhaltbarkeit, intellektuellen Unredlichkeit und immanenten Widersprüchlichkeit erfolgreich.

Mit der „Macht ideologisierter Wissenschaft“ setzt sich Sieg im nächsten, wiederum drei Aufsätze bündelnden Kapitel auseinander. Kenntnisreich legt er dar, wie das anfänglich ob seiner mangelnden inhaltlichen Stringenz eher belächelte Oeuvre Friedrich Nietzsches erst durch das unermüdliche Wirken seiner Witwe, Elisabeth Förster-Nietzsche, zu einem Fixpunkt völkisch-rassistisch-antisemitischer Ideologie wurde. Diese wurde ab 1933 systematisch, wenn auch keineswegs widerspruchs- und reibungs-frei, in Wissenschaftspolitik überführt. Mit dem vor allem der Selbstexkulpation der „willigen Wissenschaftler“ nach 1945 dienendem Pauschalurteil der Wissenschaftsfeindlichkeit des NS-Regimes räumt Sieg ebenso gründlich auf wie mit der noch vor drei Jahrzehnten weitgehend akzeptierten Deutung, die „deutsche Wissenschaft“ sei, bis auf bedauerliche Einzelfälle, von den NS-Verbrechen wie Zwangs-umsiedlung und Völkermord im Kern unberührt geblieben. Auch die polemische Auseinandersetzung zwischen oft als „jüdisch“ diffamiertem Neukantianismus und „deutscher Wissenschaft“ zog sich weit in die Nachkriegsgeschichte.

In den beiden unter dem auf den ersten Blick verwirrenden Titel „Zukunftshoffnungen“ zusammengefassten abschließenden Aufsätzen geht es nicht um die heutige Zukunft. Stattdessen erörtert Sieg die erdachte und leider nicht eingetretene Zukunft einer liberalen und pluralistischen, dem Siegeszug der radikalnationalistischen, völkisch-antisemitischen Inhumanität widerstehenden intellektuellen und politischen Kultur. Dafür stehen hier Paul Natorp einerseits und Helmuth Plessner andererseits. Beide bemühten sich auf ihre je eigene Weise darum, die intellektuellen Verheerungen des Ersten Weltkriegs hinter sich zu lassen, was ihnen die erbitterte Feindschaft der radikalen Rechten einbrachte. Wie der Sinn für Ambiguitäten im herangebrochenen Internetzeitalter am Leben gehalten werden kann, ist eine von Sieg am Beispiel Plessners selbst angeregte Aktualisierung geschichtswissenschaftlicher Erkenntnisse, die auf die eingangs angesprochenen Erfahrungen der letzten Jahre zurückverweist. Der Antisemitismus ist nicht nur ein soziales, politisches und juristisches, sondern auch ein intellektuelles Problem, dessen weitere Erforschung obligatorisch ist und bleibt.

Dieser Sammelband beleuchtet viele ideengeschichtliche Aspekte der Judenfeindschaft kenntnisreich, differenziert und anregend. Eine konzise Gesamtdarstellung vermag aber auch er nicht zu ersetzen. Darüber hinaus konzentriert sich Sieg auf die Ideengeschichte des modernen Antisemitismus im deutschsprachigen Raum. Das macht ihn einerseits zum führenden Experten auf diesem Gebiet, lässt aber andererseits die Frage unbeantwortet, ja sogar weitgehend ungestellt, wie die Entwicklungen in Deutschland im europäischen wie globalen Vergleich und Kontext einzuordnen wären. Es wäre kein

Missverständnis, diese Zeilen als freundlichen Arbeitsauftrag an Ulrich Sieg zu verstehen. Wer, wenn nicht er, wann, wenn nicht jetzt?

Berlin

Christoph Jahr



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Anna Schneider: Freiheit beginnt beim Ich. Liebeserklärung an den Liberalismus.

München: dtv Verlagsgesellschaft, 2022, 111 S., ISBN 978-3-423-29046-3

Anna Schneider ist seit 2021 Chefreporterin bei der „Welt“. Dort hat sie sich bereits den Ruf erarbeitet, scharfzüngige Kritikerin eines politisch korrekten und anti-individualistischen Zeitgeistes zu sein.

Die gebürtige Österreicherin, die vorher bei der liberalen Schweizer „Neuen Zürcher Zeitung“ gearbeitet hatte, versteht es, zu provozieren. Das beginnt schon mit dem Titel ihres Buches „Freiheit beginnt beim Ich“, der noch einmal dadurch verstärkt wird, dass das „Ich“ mit dem in der offiziellen Rechtschreibung nicht vorgesehen Großbuchstaben „I“ beginnt.

Aber diese Emphase des „Ich“ wirkt möglicherweise nur im Kontext eines zunehmend illiberalen gesellschaftlichen Diskurses provokant, der den Selbstbestimmungswillen des Einzelnen unter Generalverdacht stellt oder gar für obsolet hält, wie der von ihr zitierte Robert Habeck, der meint: „Bestimmt zu werden, Entscheidungen nicht zu treffen, kann erleichternd sein“ (S. 30).



Dabei sei die Formel, dass Freiheit beim Ich beginne, letztlich „banal“ (S. 22). Und ehrlich gesagt, was sonst soll denn für einen Liberalen der Ausgangspunkt sein, wenn es um die Wahrung von Freiheitsrechten geht? Wer will, dass ihm alle Entscheidungen abgenommen werden, befindet sich bereits auf dem Weg zum Erziehungs- und Verbotsstaat (strikt durchdacht sogar auf dem Weg zum Totalitarismus). Dies erkennend, ist Schneiders Begriff von Freiheit eigentlich nur gesunder Menschenverstand: „Sie bedeutet, von niemand anderen abhängig zu sein oder bevormundet zu werden, niemandes Willkür zu unterliegen und Entscheidungen für sich selbst, nach den eigenen Vorlieben und Vorstellungen, treffen zu können. Freiheit ist Mündigkeit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Und Offenheit.“ (S. 10) Zu den Denkern, die sie dabei inspirierten, gehören daher die liberalen Klassiker wie John Stuart Mill, Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek oder Milton Friedman.

Mit diesem Freiheitsbegriff gelingt es Schneider, das gegenwärtige politische Klima und die Rückkehr der „deutschen Kollektivistenseele“ (S. 17) – vor allem, aber nicht nur durch die Grünen vorangetrieben – wirkungsvoll ins Visier zu nehmen. Es ist eben eine zeitgemäße und auch zeitkritische „Liebeserklärung an den Liberalismus!“ im Kontext aktueller Politik.

Ein wenig hart geht sie im letzten Kapitel mit der FDP ins Gericht, der sie vorwirft, nicht genügend an einem radikaleren Paradigmenwechsel zu arbeiten: „Es ist der FDP zu oft daran gelegen, lieb gehabt zu werden. So sehr, dass sie gar nicht merkt, dass nur wenige sie wirklich lieb haben wollen. Würde sie sich auf diejenigen konzentrieren, die ihre freiheitlichen Überzeugungen teilen, hätte sie in einem staatsgläubigen Land wie Deutschland zwar sicher nicht die Mehrheit hinter sich. Wohl aber eine solide

Basis, für die man sich nicht verbiegen müsste“ (S. 96). So sehr diese Kritik nicht völlig von der Hand zu weisen ist, so sehr bedürfte das Verhältnis zwischen Ideologie und Realpolitik einer vielleicht dann doch komplexeren Analyse.

Damit sind wir bei dem Schwachpunkt dieses ansonsten überaus mitreißenden und erfrischenden Buches. Schneider bekennt offen, dass ideenhistorisch die populäre amerikanische Schriftstellerin Ayn Rand ihre hauptsächliche Inspirationsquelle sei, der sie ein ganzes Kapitel widmet. Sie ist für Schneider die „Freiheitsfanatikerin“ (S. 59) und Verfechterin eines „rationalen Egoismus“ (S. 61) schlechthin. Mit Rand kommt allerdings ein (vor allem in der Anhängerschaft verbreitetes) latentes Sektierertum zum Tragen, bei dem ein In-Group-Denken über eine ja durchaus vertretbare und sinnvolle philosophische Position sich so abschottet, dass auf abweichende Gedankengänge (von möglicherweise völlig normalen Menschen) kaum noch tragfähige Reaktionen formuliert werden können.

Richtig ist, dass Freiheit unabhängig von einzelnen politischen Problemlagen für jeden Liberalen eine philosophisch unumstößliche Grundposition sein muss. Aber die Kernfrage ist nicht, wie ich die Reinheit der Überzeugungen der bereits Überzeugten wahren kann, sondern wie man lebensnahe positive Angebote für diejenigen machen kann, die noch nicht so recht überzeugt sind. Da schwächelt das Buch ein wenig, das gerne in negativer Kritik verharret. Die Forderung, die FDP möge prinzipientreu werden, ist zwar völlig richtig, ersetzt aber weder ein ordnungspolitisches, noch ein strategisches Denken, wie man sich in der realen Welt (die eben noch sehr liberalismuskritisch eingestellt ist) mit welchen Politikansätzen auch dauerhaft durchsetzen kann. Man wünschte sich also, Anna Schneider möge noch einen zweiten Band schreiben, in dem sie erklärt, welche konkreten positiven Schritte außerhalb des Prinzipiendenkens in einer eigenen „Blase“ langfristig strategisch unternommen werden sollten.

Das setzt immer noch die prinzipielle und fundamentale Freiheitsposition als Ausgangs- und Endpunkt voraus, die sie mit Verve in ihrem Buch präsentiert. Und mit dem Mut, sich nicht von den Falschen einschüchtern zu lassen, die ein klares und bei den großen philosophischen Klassikern verwurzeltes Freiheitsverständnis als „vulgärliberal“ diffamieren: „Es ist mir herzlich egal, ob jemand meinen Freiheitsbegriff als Vulgärliberalismus bezeichnet, lieber vulgär- als gar nicht liberal, denke ich mir dann“ (S. 17).

Prag

Detmar Doering



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Alina Lisitzkaya (Hrsg.): Stimmen der Hoffnung. Aufzeichnungen, Gedichte, Texte der Belarussischen Freiheitsbewegung.

Berlin: Verlag Das Kulturelle Gedächtnis, 2021, 240 S., ISBN 978-3-946990-58-1

Die hier anzuzeigende Textsammlung, die von der in Berlin lebenden Publizistin und Übersetzerin Alina Lisitzkaya herausgegeben worden ist, führt den Leser in die Ereignisse um und nach den (gefälschten) belarussischen Präsidentschaftswahlen im August 2020, die zu einer breiten friedlichen Demonstrationsbewegung gegen das Lukaschenko-Regime geführt hatten. Bekannte belarussische Autoren sowie bislang unbekannte Zeitzeugen berichten – in verschiedenen literarischen Formen – von den Manifestationen der Demokratiebewegung, aber auch von der rücksichtslosen Brutalität der staatlichen Organe, der zahlreiche Demonstranten zum Opfer fielen.

Bei den Versammlungen der Opposition in Städten und Gemeinden von Belarus sowie in den sozialen Netzwerken kursierten damals Reden, Gedichte, Erzählungen und Tatsachenberichte von Menschen, die bisher zum Teil noch nie öffentlich in Erscheinung getreten waren. Die Publikation macht ihre Stimmen nun in einer zweisprachigen Ausgabe (russisch-deutsch bzw. belarussisch-deutsch, je nach Originaltext) häufig erstmalig auch außerhalb von Belarus vernehmbar.

Im Vorwort von Alina Lisitzkaya heißt es, das Buch solle einen Beitrag dazu leisten, „dass die Erfahrungen der Überwindung von Angst und die Erfahrung der Solidarität dokumentiert wird und damit ein Teil der Geschichte von Belarus bleibt“. Die Textsammlung soll helfen, „die Hoffnung zu bewahren, denn so lange man gehört wird, verliert man auch die Hoffnung nicht“. Diese Worte haben heute, nachdem das Lukaschenko-Regime seine Gegner weitgehend in Kerker und Straflager verbannt oder in die Emigration getrieben hat, eine besondere Strahlkraft. Wer noch nicht sicher war, was ein demokratisches Belarus – wenn es denn aus den Wahlen als Sieger hervorgegangen wäre – von seinem großen Nachbarn zu erwarten hätte, der weiß es seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ganz genau. Freiheit und universale Menschenrechte, die in diesen Tagen so oft von konstruierten oder fiktiven „Identitäten“ herausgefordert oder gar verdrängt werden, zeigen hier ihre Wirkungsmacht – allen Unterdrückungsmechanismen zum Trotz.

Bemerkenswert ist, dass die Publikation durch viele aktive Unterstützer, vor allem die Übersetzer, sowie das belarussische Media-Projekt „August 2020“ nur wenige Monate nach den Ereignissen in einer graphisch ansprechenden Form erscheinen konnte. Hierzu hat sicher vor allem die materielle Unterstützung des PEN Deutschland und seiner „Stiftung für die Freiheit des Worts“ beigetragen. Mit der



Aufnahme in die Publikationen des Verlages „Das kulturelle Gedächtnis“ hat die belarussische Textsammlung aber auch einen angemessenen und ansprechenden Erscheinungsort gefunden.

Bad Honnef

Hans-Georg Fleck



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Matthias Hansl: Erschöpfte Utopien. Dahrendorf, Habermas und das Ende der *trente glorieuses*.

Berlin: De Gruyter Oldenburg, 2021, 359 S., ISBN 978-3-11-071141-7

Les Trente Glorieuses – die dreißig Glorreichen – sind die Jahre 1945 bis 1975 nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der französische Ökonom Jean Fourastié hat diesen Begriff erstmals 1979 geprägt, um die Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs und der rasanten gesellschaftlichen Änderungen in der jüngeren Vergangenheit in Frankreich zu beschreiben. Die Jahre des wirtschaftlichen Booms, verbunden mit Fortschrittsoptimismus und Aufbruch auf allen Ebenen der Gesellschaft, erfolgten nahezu parallel mit dem Wirtschaftswunder in Deutschland.

Matthias Hansl nutzt diese historische Schablone in seiner 2019 vorgelegten, politikwissenschaftlichen Dissertation, um ein ideengeschichtliches Doppelporträt von zwei in der Bonner Republik maßgeblichen politischen Denkern vorzulegen: Ralf Dahrendorf und Jürgen Habermas. Er beschreibt sie als ungleiche Weggefährten, Gleichaltrige des Jahrgangs 1929, die trotz ihrer stark voneinander abweichend akademischen Produktivität und ihres unterschiedlichen Wirkens, vielleicht sogar unterschiedlichen Selbstverständnisses im öffentlichen politischen Diskurs, „die politische Zäsur nach der deutschen Kriegsniederlage entschiedener als andere nutzen, um an der Demokratisierung der politischen Kultur ihres kompromittierten Heimatlandes mitzuwirken“ (S. 1). Hansls zentrale These ist, dass es die günstigen Voraussetzungen der *trente glorieuses* mit ihrem „entgegenkommenden Zeitgeist“ (S. 4) vor allem in den 1960er-Jahren waren, die einer „theoriegeleiteten, utopischen Herrschaftskritik“ (ebd.) von Ralf Dahrendorf und Jürgen Habermas den Weg ebneten. Davon zehrten sie in ihrem intellektuellen Wirken, bevor das Ende des wirtschaftlichen Booms in den 70ern zu einer Art Ernüchterung führte, während politische Planung und gesellschaftliche Demokratisierung einem politischen Pragmatismus wichen, der sich in allen politischen Lagern ausbreitete. Dieses politische *muddling through* führte laut Hansl auch bei Dahrendorf und Habermas in ihrem Denken zu einer „Ort-, Rat- und Ziellosigkeit“ (ebd.).

Seine Beobachtung fundiert Matthias Hansl zeitgeschichtlich, indem er detailliert den intellektuellen Weg von Dahrendorf und Habermas zwischen den 50er und den frühen 80er Jahren nachzeichnet – angefangen bei ihrer frühen Auseinandersetzung mit Karl Marx als Assistenten am Frankfurter Institut für Sozialforschung, noch geprägt von einem „in die Zukunft gerichtete[n], politisch-reformerische[n] Gestus“ (S. 5), der dem Zeitgeist zunehmend entgegenkam. Einer ideengeschichtlichen Selbstverortung bis in die 1960er-Jahre – bei Dahrendorf als „angelsächsischer liberaler Missionar“ (S. 7), bei Habermas hin zum demokratischen Sozialismus als radikaldemokratischer Kritischer Theoretiker (vgl. S. 8) – folgte mit dem Aufstieg des Konservatismus und den Erfolgen des neoliberalen Kapitalismus bei beiden Desillusionierung und Enttäuschung, die sie zum Anlass nahmen, ihr utopisches Denken einer



grundlegenden Revision zu unterziehen. Dahrendorf wechselte von der wissenschaftlichen Politikberatung in die ernüchternde Realität der Politik, während Habermas seine *Theorie des politischen Handelns* entwickelte.

Hansl diagnostiziert, dass es letztlich beiden, dem „ernüchterten sozialen Liberalen“ (S. 14) Dahrendorf wie auch dem „ernüchterten demokratischen Sozialisten“ (ebd.) Habermas, darum ging, einen drohenden gesellschaftlichen Regress abzuwenden. Statt in der intellektuellen, auf Modernisierung ausgerichteten Offensive in der frühen Bundesrepublik fanden sie sich Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre nun in der Defensive wieder, während sich der parteipolitische Konservatismus mit Margret Thatcher und Helmut Kohl sowohl in Großbritannien, als auch in Deutschland wieder an der Macht etabliert hatte. Dahrendorf verkündete 1983 das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters, und auch Habermas erkannte eine Erschöpfung der mit der wohlfahrtsstaatlichen Moderne einhergehenden Utopien. Das identitätsstiftende Versprechen der Sozialdemokratie, der soziale und wirtschaftliche Aufstieg breiter Schichten der Bevölkerung, hatte sich erfüllt. Der gesellschaftliche Nährboden, von dem der Sozialliberalismus „mit seiner Hoffnung auf Chancengleichheit und maximale individuelle Mobilität“ (S. 15) und der demokratische Sozialismus „mit seiner Hoffnung auf eine breit angelegte demokratische Kontrolle von Staat und Wirtschaft“ (ebd.) gezehrt hatten, war allerdings ausgetrocknet.

Matthias Hansl gelingt es, seine Hauptthese vom utopischen Aufbruch der beiden Denker bis hin zur intellektuellen Ernüchterung am Ende der „sozialen Moderne“ nach dreißig „glorreichen“ Jahren überzeugend durch akribische ideengeschichtliche Arbeit zu untermauern. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der demokratiethoretischen Entwicklung der Bonner Republik, eröffnet zugleich aber auch einen neuen Blick auf das geistige Wechselspiel ihrer beiden intellektuellen Antagonisten Ralf Dahrendorf und Jürgen Habermas. Dabei erscheinen sie nicht als unversöhnliche Gegenspieler, sondern von Anfang an als „Kämpfer“ an derselben „Front“, die mit ihren utopischen, zukunfts-gewandten Ideen und ihren jeweiligen individuellen Wegen wenn nicht gescheitert, so doch auf dem Boden der ernüchternden bundesrepublikanischen Tatsachen angekommen sind. Es wird deutlich, wie ihr Denken und Wirken von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umständen einerseits und andererseits vom jeweils anderen geprägt wurde, in dem sie sich an der Entwicklung und auch aneinander abgearbeitet haben. Hansl betont dabei mehr das Gemeinsame als die Unterschiede, ein klares Bekenntnis zum Sozialliberalismus oder zum demokratischen Sozialismus bleibt aber aus und war auch sicherlich nicht sein Anliegen. So obliegt es der Leserin bzw. dem Leser, für sich zu folgern, welcher der Ideen der beiden krisenerprobten Denker auch heute noch im Namen von Demokratie und Rechtsstaat fruchtbar gemacht werden können.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

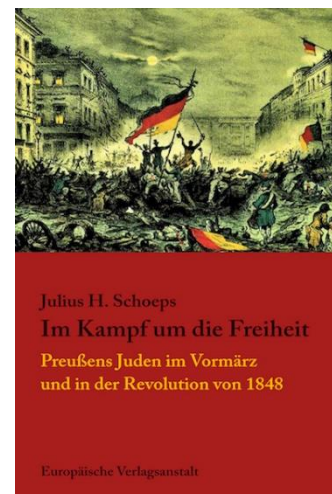


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Julius H. Schoeps: Im Kampf um die Freiheit. Preußens Juden im Vormärz und in der Revolution von 1848.

Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 2022, 368 S., ISBN 978-3-86393-136-0

Julius H. Schoeps zieht Bilanz. So könnte die knappe Zusammenfassung des Bandes lauten, in dem einer der besten Kenner der Geschichte der Juden in Deutschland, insbesondere in Preußen, eine ansehnliche Anzahl seiner Arbeiten in Bezug auf die Revolution von 1848/49 bündelt. Chronologisch bildet die Märzrevolution den ungefähren Mittelpunkt der vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis ins Vorfeld der Reichsgründung reichenden Darstellung. Nachgezeichnet wird der emanzipatorische und partizipatorische Weg des vor allem altpreußischen Judentums in Deutschland. Die Zusammensetzung des Buches aus älterem „Erarbeitete[n]“ ist dabei kein Nachteil, denn die klare Gliederung in sechs Kapitel mit prägnant überschriebenen Abschnitten erlaubt den mühelosen Einstieg nach individuellen Interessen. Die Miniaturen können einzeln erschlossen werden, aber man liest sich bereits in den „Ausführungen“ (S. 17) leicht fest.



Im ersten Kapitel (S. 21-61) begleitet Schoeps die Ereignisse von der aufklärerischen Vorgeschichte des Emanzipationsedikts 1812 bis zum gesamteuropäischen Einschnitt des Wiener Kongresses 1815. Hier wie im gesamten Buch nähert er sich den Ereignissen über einzelne Akteure. Politiker, Theologen, Pädagogen und Dichter bringen Lebendigkeit in die Strukturgeschichte. Im zweiten Kapitel über den innerjüdischen Reformprozess (S. 62-96) wird dadurch etwa die Verwobenheit von jüdischem religions- und geistesgeschichtlichen Reformdenken mit den politischen Reformbestrebungen im Deutschland der Vormärzzeit deutlich. Das dritte Kapitel (S. 97-137) behandelt die Emanzipationsbestrebungen im Jahrzehnt vor der Revolution, wobei Johann Jacoby zuerst prominent in Erscheinung tritt. Im vierten Kapitel, dem mit 41 Seiten überschaubaren eigentlichen Revolutionsabschnitt (S. 138-179) ist Jacoby erwartungsgemäß eine zentrale Figur im Frankfurter Vorparlament und in der preußischen Nationalversammlung. In der Paulskirche waren unter den 586 Vertretern nur vier bekennende Juden und sechzehn Abgeordnete mit jüdischen Vorfahren. Sie gehörten der Linken und der Mitte an. Mit Gabriel Riesser zählte ein wortgewaltiger Redner zu ihnen (S. 156f.). Schoeps fasst die „politischen Einstellungen und Positionierungen“ der Juden in der Revolution abschließend in dem Befund zusammen (S. 170-179), dass die meisten politisch Aktiven Demokraten, die Wähler ihrer Konfession jedoch erkennbar zurückhaltender und revolutions skeptischer gewesen seien.

Die politische Desillusionierung vieler deutscher Juden im „Reaktionsjahrzehnt“ (S. 180-220) macht Schoeps durch die Schilderung des notorischen Antisemitismus der lauter werdenden christlich-konservativen Stimmen (etwa Friedrich Julius Stahl) deutlich. Deren auf Abgrenzung beruhende Haltung wurde seit Mitte der 1850er-Jahre durch verschärfte Positionen ergänzt. Schoeps erkennt in Hermann

Wageners Publizistik dieser Jahre eine erste „rasseantisemitische Note“ (S. 215), was er durch die Zwischenüberschrift „Der Wendepunkt“ (S. 213) unterstreicht.

Das abschließende sechste Kapitel (S. 221-273) gibt einen Ausblick auf die Entwicklungen bis in den Norddeutschen Bund. Schoeps überschreibt das Kapitel „Andere Zeiten, andere Umstände“, was weniger schelmisch als halb hoffend, halb resignativ gemeint sein dürfte. Er porträtiert die ersten Regierungsjahre König Wilhelms I. wiederum über prominente Figuren wie Fanny Lewald, Ferdinand Lassalle, Eduard Lasker oder Ludwig Bamberger. Schoeps breitet ein Panorama von jüdischem politischen und gesellschaftlichen Engagement und den Widerständen gegen diese Partizipationstendenzen aus, dessen Dichte Konzentration verlangt.

Im Epilog werden die Entwicklungen zusammengeführt und bis zur Reichgründung verfolgt. Schoeps notiert die Skepsis mancher „jüdischer Vertreter“ gegenüber einer befürchteten Auflösung des „preußische[n] Staat[es] als souveränes und unabhängiges Gebilde“ (S. 289), dem ein nicht geringer Teil der preußischen Juden bei aller anhaltenden Kritik offenkundig auch eine grundlegende Loyalität entgegenbrachte. Allerdings seien die preußischen Juden „mehrheitlich der Ansicht“ gewesen, dass ihre „jahrhundertalte Benachteiligung“ durch die mit der Nationalstaatsgründung assoziierte „Eindeut-schung ein Ende hätte“ (S. 293) – eine bitter enttäuschte Hoffnung, worauf schon Hans-Joachim Schoeps in seinem wissenschaftlich verarbeiteten Lebenstrauma immer wieder hinwies. Ein Anmerkungsapparat in Endnoten (S. 296-332), ein weiterführendes Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 334-360) und ein etliche liberale Namen umfassendes Personenverzeichnis erleichtern die Benutzung der empfehlenswerten „Darstellung“.

Hamburg

Ulf Morgenstern



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

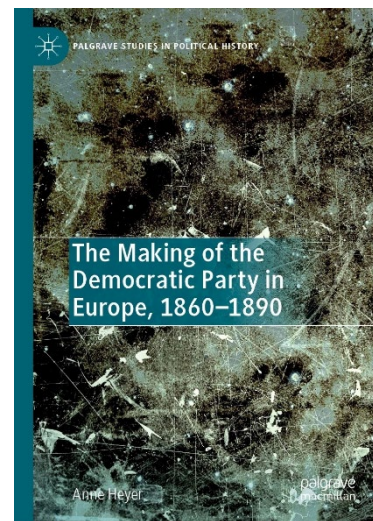


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Anne Heyer: The Making of the Democratic Party in Europe, 1860-1890.

Cham: Palgrave Macmillan, 2022, 289 S., ISBN 978-3-030-87747-7

Ausgehend von der vieldiskutierten Krise der demokratischen Parteien der Gegenwart wendet Anne Heyer ihren Blick zurück in die Entstehungszeit moderner Parteien in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Die gleichermaßen politikwissenschaftliche wie historische Studie verfolgt das Ziel, die gegenwärtige Parteienkritik einordnen und beurteilen zu können, indem sie demokratietheoretische Konzepte in Programm und Praxis der frühen Parteigründungen einer ausführlichen Analyse unterzieht. Heyer konzentriert sich dazu auf drei Beispiele aus drei europäischen Staaten: die Antirevolutionäre Partei (ARP) Abraham Kuypers, 1879 in den Niederlanden als Sprachrohr eines konservativen Protestantismus gegründet; die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), gegründet in Eisenach 1869; sowie die 1877 unter der Ägide von Joseph Chamberlain begründete National Liberal Federation (NLF) in Großbritannien.



Die Zusammenschau der drei Beispiele ist nicht als eine Verflechtungsgeschichte angelegt – trotz gelegentlicher wechselseitiger Bezugnahmen waren die direkten Verbindungen zwischen den Parteien lose –, im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen vielmehr gemeinsame strukturelle Herausforderungen, die sich aus dem Anspruch ergaben, dem „Volk“ durch die Gründung von Parteien zu mehr politischer Mitsprache zu verhelfen. Dabei hebt Heyer insbesondere ab auf den Widerspruch zwischen dem Anspruch auf Repräsentation des „Volkes“ und der begrenzten Mitgliederzahl der frühen Parteien.

Herkömmliche Erklärungsansätze für die Herausbildung politischer Parteien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die auf die Entstehung neuer sozialer Klassen im Zuge der Industrialisierung oder die Rolle von Wahlrechtsausweitungen abhoben, sieht Heyer als nicht ausreichend an; sie betont demgegenüber die Bedeutung der Personen, die Konzepte politischer Partizipation formulierten und mit organisatorischen Umsetzungsbestrebungen koppelten: „As relevant as industrialization and suffrage extension was, the idea that working together in national organizations could achieve political change, enabled party founders to imagine that their mass organization was meaningful and influential“ (S. 57). Nicht anonyme gesellschaftliche Kräfte, sondern die kreativen gedanklichen und organisatorischen Leistungen der Parteigründer stehen damit im Mittelpunkt von Heyers Ansatz.

Der strukturelle Vergleich fördert transnationale Gemeinsamkeiten zutage: Heyer verweist auf die länderübergreifende Begeisterung für die Organisierung gesellschaftlicher Interessen und die Betonung von Bildungsidealen als Legitimation für Partizipationsforderungen. Die Rhetorik der Parteigründer betonte die Emanzipationsansprüche des von politischen Entscheidungen ausgeschlossenen „Volkes“ gegenüber den bestehenden politischen Eliten; darin lag die Verbindung von Partei und Demokratie, die

für das politische Agieren zukunftsweisend werden sollte. Dieser Ruf nach Demokratie richtete sich nicht nur an die nationale politische Arena, sondern er wirkte auch innerparteilich: Auf den Gründungsparteitagen bildete die Frage nach der Kontrolle der Parteiführungen durch die Mitglieder stets einen wichtigen Diskussionspunkt. Die Antworten auf die Frage nach der Gestaltung demokratischer innerparteilicher Strukturen fielen unterschiedlich aus (programmatisch gebundene Parteiführung im Fall der SDAP, unabhängige Zweigstellen bei der NLF, Komitee mit gewissen Ausnahmevervollmächtungen für die Parteiführung in der ARP), zeugen aber jeweils vom Versuch, demokratische Verfahren zu etablieren. Der Erfolg bei der Erreichung dieses Ziels fiel ebenfalls unterschiedlich aus; die Beziehungen der Führungsriege zur Parteibasis charakterisiert Heyer anhand des klassischen Schemas von Max Weber. Kuyper's Rolle in der ARP entsprach demnach einem charismatisch geprägten Organisationsmodell, das sich vom rational-legalen Modell der SDAP und der Mischform der NLF abhob und dem Parteigründer einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Parteigeschäfte einräumte.

In allen Fällen allerdings blieb es bei einer relativ beschränkten Mitgliederzahl in den neugegründeten Parteien und bei einer begrenzten Reichweite der demokratischen Ansprüche: „To say it bluntly: the founding assemblies did not create perfectly democratic organizations“ (S. 129).

Auch das „liberale“ Beispiel, die britische NLF, präsentiert Heyer als einen ernsthaften Versuch, ein Modell demokratischer Parteiführung und demokratischen Regierens zu etablieren. Das ist insofern bemerkenswert, als die NLF in der britischen Parteiengeschichte eher stiefmütterlich behandelt wird. Sie ging hervor aus lokalen Basisorganisationen der Liberal Party in Birmingham und gilt häufig als ein Vehikel für die politischen Ambitionen des Lokalmagnaten Joseph Chamberlain, der sich gegen die etablierte Führung der parlamentarischen Liberal Party in Stellung zu bringen suchte. Anders als Heyer's niederländische und deutsche Beispiele handelt es sich also beim britischen Fall um eine Initiative innerhalb einer noch nicht strukturell gefestigten Partei mit langer Vorgeschichte. Die Tradition der Whigs und die Entstehung der viktorianischen Liberal Party aus deren Zusammenschluss mit ehemals konservativen Peel-Anhängern und Radicals sind in Heyer's Darstellung kaum erörtert. Dies hat zur Folge, dass die NLF als Ort demokratischer Partizipationsansprüche gegen die parlamentarische Partielite erscheint. Dies ist keineswegs falsch, doch die Rhetorik der Gegenüberstellung von „Volk“ und Eliten hatte in der Liberal Party schon eine längere Tradition, als die Konzentration auf die NLF suggerieren mag. In zeitlicher Nähe zur Gründung der NLF wandte sich insbesondere der ehemalige Parteiführer William Ewart Gladstone mit einer von Queen Victoria als „demagogisch“ empfundenen Unmittelbarkeit an das Volk, die ihm die Rückkehr an die Parteispitze und drei weitere Amtszeiten als Premierminister sicherte. Heyer widmet sich durchaus gründlich dem Konkurrenzkampf von Chamberlain und Gladstone, der schließlich zur Parteispaltung über die Frage der irischen Selbstverwaltung führte, sie untersucht aber Gladstone's Rhetorik und Rolle nicht mit gleicher Ausführlichkeit wie den Fall Chamberlains. Dies führt zu einer Akzentuierung der Unterschiede zwischen beiden, während vergleichbare politische Semantiken nicht ausgeleuchtet werden. Die Tatsache, dass die NLF schließlich in der Liberal Party aufging, zeigt, dass es sich nur um einen von vielen Ansätzen der Reorganisation der liberalen Politik in Großbritannien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts handelte, nicht um eine Parteigründung vom selben Gewicht wie in den beiden anderen Untersuchungsfällen.

Der Verzicht auf eine ausgreifendere Darlegung der Parteigeschichte ist eine Folge des von Heyer verfolgten Ansatzes, der Rolle von Parteigründern mehr Eigengewicht in der Analyse der Parteientstehung zu verleihen, statt organisatorische Entwicklungen primär auf soziale Prozesse oder Wahlrechtsreformen zurückzuführen. Im Fall des britischen Liberalismus haben bereits in den 1990er Jahren Autoren wie Eugenio Biagini oder Gareth Stedman Jones in ähnlicher Form die Autonomie der politischen Sphäre betont. Indem Heyer aber darstellungstechnisch geschickt die Leitfiguren Kuyper, Bebel und Chamberlain in den Vordergrund stellt, kehren – sicherlich unbeabsichtigt – durch die Hintertür die „großen Männer“, die Geschichte machten, zurück. Die genannten Studien zum britischen Liberalismus

arbeiten demgegenüber mit einem breiteren Verständnis des *popular liberalism*, in dem die Aktivitäten von Parlamentariern, Presse, außerparlamentarischen Bewegungen und parteipolitischen Organisatoren einen politischen Raum umschreiben, der eine Parteigründung wie die der NLF in ihrem Zusammenhang mit vielfältigen außerparlamentarischen Bewegungen verständlich werden lässt. Auch Heyer betont zurecht die Bedeutung der Anti-Corn-Law-League als transnationalem Vorbild außerparlamentarischer Organisationsbildung (5000 Briefe von deren Leitfigur, Richard Cobden, stehen seit kurzem frei im Netz zur Verfügung: <https://www.cobdenletters.org/>), geht aber jenseits der National Education League nur knapp auf die facettenreiche Kultur außerparlamentarischer Politik zur Entstehungszeit der NLF ein. Die kontrastive Rhetorik von Volk und Elite in den Proklamationen dieser Bewegungen würde zeigen, dass sich die NLF-Gründer durchaus im Rahmen bewährter Formen der Elitenkritik bewegten, diese also kein Spezifikum der NLF waren.

Dies ändert nichts an der Plausibilität von Heyers Analyse der Grenzen und Potentiale demokratischer Parteigründungen. An ihren Beispielen beobachtet sie die Etablierung eines „myth of the democratic mass party“, der bis heute als eine „self-fulfilling prophecy“ wirke (S. 246). Wenn die gegenwärtige Parteienkritik demokratische Defizite beklagt, lässt sich mit Heyers Blick auf die Gründerzeit der modernen Partei festhalten, dass es schon in deren Anfängen nicht gelang, „perfectly democratic organizations“ (S. 129) zu gestalten; Grenzen bei der Umsetzung des demokratischen Ideals sind also bereits den Anfängen der Parteigeschichte eingeschrieben. In ihrer gegenwartsbezogenen Schlussfolgerung ruft Heyer daher dazu auf, in den von ihr untersuchten Parteigründern Vorbilder dafür zu sehen, dass Krisenwahrnehmungen „an opportunity for innovation“ sein können und dazu motivieren sollten, „to push the boundaries of politics in the direction of developing democratic ideas and practices“ (S. 246).

So motivierend der Blick von der Gegenwart zurück ins 19. Jahrhundert für Verteidiger des Konzepts der modernen demokratischen Partei sein mag – sie werden vermutlich nicht ohne Berücksichtigung der Entwicklungen zwischen diesen zeitlichen Polen auskommen. Wer sich gegenwärtig Sorge um den Bedeutungsverlust politischer Parteien macht, dürfte in der Regel Phänomene wie schrumpfende Mitgliederzahlen eher am Vergleich mit dem späten 20. als dem späten 19. Jahrhundert festmachen. Die unterschiedlichen Dynamiken zwischen den demokratischen Aufbrüchen des 19. Jahrhunderts und den Kommunikations- und Organisationsbedingungen des frühen 21. Jahrhunderts zeigen sowohl das anregende Potential als auch die Grenzen des historischen Rückbezugs für die Bewältigung aktueller Problemlagen.

Darmstadt

Detlev Mares



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Birgit Aschmann / Monika Wienfort (Hrsg.): Zwischen Licht und Schatten. Das Kaiserreich (1871-1914) und seine neuen Kontroversen.

Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2022, 399 S., ISBN 978-3-593-51508-3

Andreas Braune / Michael Dreyer / Markus Lang / Ulrich Lappenküper (Hrsg.): Einigkeit und Recht, doch Freiheit? Das Deutsche Kaiserreich in der Demokratiegeschichte und Erinnerungskultur.

Stuttgart: Franz Steiner, 2021 (Weimarer Schriften zur Republik 17), 426 S., 39 Abb., ISBN 978-3-515-13150-6

Thorsten Riotte / Kirsten Worms (Hrsg.): Das Kaiserreich vermitteln. Brüche und Kontinuitäten seit 1918.

Göttingen: Wallstein, 2022, 293 S., 37 Abb., ISBN 978-3-8353-5140-0



Das deutsche Kaiserreich ist vor knapp 153 Jahren gegründet worden, vor 95 Jahren als staatliches Gebilde formal und vor knapp 79 Jahren auch strukturell untergegangen. Dennoch wirkt es, wie Ulrich Lappenküper zu Recht feststellt (Braune et alii, S. 401), in vielem in der Gegenwart nach, keineswegs nur in geschichtswissenschaftlichen Debatten. Auch wenn es heute anders ist als zum 100. Jahrestag der „Reichsgründung“, wo es noch viele Zeitzeugen aus der „Kaiserzeit“ gab und wo ein Bundespräsident sich höchstpersönlich via Fernsehansprache dazu äußerte und einen mittleren Skandal entfachte:

Eigene Erinnerungen an die Epoche hat niemand mehr, und eine seinem Vorgänger doch ziemlich ähnliche Ansprache des amtierenden Bundespräsidenten ist weder direkt übertragen worden noch hat sie ähnlich starke öffentliche Debatten ausgelöst. Aber der Anlass brachte doch eine beträchtliche Zahl von thematisch einschlägigen Publikationen hervor, die zum Teil auch über den Kreis der Fachwissenschaft hinaus stärkeren publizistischen Widerhall erfuhren, allen voran das Buch von Eckart Conze.¹ Dieser ist, wiewohl nicht selbst beteiligt, in den drei hier vorzustellenden Sammelbänden dennoch sehr präsent, was er in gewisser Weise mit einem seiner „Kontrahenten“, Christoph Nonn, teilt, der aber in jedem Band einen Beitrag beigesteuert hat, was in den Augen des Rezensenten gerechtfertigt ist, da Nonn das wohl beste Werk zum „Jubiläum“ verfasst hat.²

Nun ist es im Rahmen einer Sammelrezension von Sammelwerken unmöglich, alle Einzelbeiträge zu berücksichtigen, insgesamt sind es hier fast 50, in ihrer Machart sehr unterschiedliche, teils aus den Quellen verfasst, teils Zusammenfassungen der Fachliteratur, teils Projektberichte, teils wirklich innovativ, teils aber auch eher Wiederholungen von Bekanntem. Der Rezensent muss die beteiligten 12 Autorinnen und 37 Autoren um Nachsicht bitten, wenn er nicht alle Aufsätze berücksichtigen kann und Schwerpunkte bildet. Letztere wären eine kurze Charakterisierung der jeweiligen Bände, ihre Bedeutung für die Liberalismus-Forschung und Rückschlüsse auf die aktuelle Bedeutung des Kaiserreiches für die Geschichtswissenschaft einerseits und die politische Kultur andererseits. Darüber hinaus soll auf einige in den Augen des Rezensenten bemerkenswerte Einzelaufsätze aufmerksam gemacht werden

Zur ersten Einschätzung der Bände ist ein Blick auf die drei Cover hilfreich, weil sie recht unterschiedliche Zugänge zum Thema widerspiegeln: Am konventionellsten ist es sicherlich beim Band von *Braune et alii* gehalten, wo ein Foto des Reichstagsplenums am Ende der Bismarck-Ära wiedergegeben ist. Dieses aus einer online-Konferenz der Forschungsstelle Weimarer Republik und der Otto-von-Bismarck-Stiftung im Oktober 2020 hervorgegangene Sammelwerk ist auch am meisten von der klassischen Politikgeschichte geprägt und versammelt „arrivierte“ Experten und jüngere Nachwuchswissenschaftler. Der Band von *Riotte/Worms* macht schon auf dem Umschlag seinen Schwerpunkt deutlich: Abgebildet ist Bundespräsident Gustav Heinemann bei seiner Fernsehansprache am 17. Januar 1971 mit einem Ausschnitt aus dem berühmten Anton-von-Werner-Gemälde im Hintergrund. Ursprung ist eine Tagung der Universität Frankfurt/M. und der Staatlichen Gärten und Schlösser Hessen, was einen hohen Anteil museologischer, aber auch didaktischer Aspekte zur Folge hat. Gänzlich anders wird das Werk von *Aschmann/Wienfort* optisch präsentiert: Zu sehen ist das Hochzeitsbild eines wilhelminischen Aussteiger-(Lebensreformer-)Paares, aufgenommen neben einer offiziellen Zeichnung zur deutsch-österreichischen Freundschaft. Hier liegt eine Ringvorlesung an der Berliner Humboldt-Universität im Sommersemester 2021 zugrunde, weshalb das Werk die meisten namhaften Experten aufweist und dabei auf den höchsten Frauenanteil – sieben Autorinnen gegenüber neun Autoren – kommt. Auch wenn es etwas irritiert, dass das Kaiserreich im Titel vier Jahre in seiner Lebensdauer einbüßt, umfasst dieser Band sicherlich das breiteste Themenspektrum von der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Rezeption unter Zeitgenossen und Nachgeborenen. Auch neuere Forschungszweige wie Urbanität (Thomas Mergel), Geschlechterfrage (Monika Wienfort) und Umweltgeschichte (Birgit Aschmann) finden Berücksichtigung. Dieser Überblick anhand von bloßen „Äußerlichkeiten“ demonstriert wohl ausreichend, wie viele Möglichkeiten, aber auch welche Attraktionen die historische Befassung mit dem Kaiserreich bietet und wie nah es der Gegenwart doch bei aller Ferne noch ist.

¹ Eckart Conze: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe. Stuttgart 2020.

² Christoph Nonn: 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreiches 1871-1918. München 2020, vgl. <https://www.freiheit.org/liberale-literatur-unter-der-lupe-220>.

Zu einer ersten inhaltlichen Orientierung eignet sich der letzte Aufsatz von Christoph Nonn bei Braune et alii, wo es um die Rezeption des Kaiserreiches vor allem in der deutschen Historiographie, aber zugleich auch um eine ausführliche Rezension des erwähnten Conze-Buches geht. Nonn zeigt noch einmal seine bekannte „dritte“ Position zur Reichsgründung zwischen „schwarzer Legende“ von links – Stichwort „Beginn des deutschen Sonderwegs“ – und „weißer Legende“ von rechts – Stichwort „Höhepunkt deutscher Staatskunst“ – auf, denen beiden er vor allem geschichtspolitische Absichten unter Einsatz von „Moralkeulen“ bescheinigt (S. 412). Stattdessen fordert er mehr Unvoreingenommenheit gegenüber dem Gegenstand.

Diese unaufgeregt-ausgewogene Position findet sich an etliche Stellen auch in den anderen Bänden wieder, so etwa in der Einleitung von Aschmann/Wienfort (bes. S. 20 u. 24 f.), bei Frank Becker, der ausdrücklich vor Moralismus warnt (ebd. S. 34), bei Hans-Georg Haupt, der den Gewalteinsatz im Inneren international vergleicht (ebd. S. 83 f., 85 f., 90), beim Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe (ebd. S. 225), beim Didaktiker Markus Bernhardt (Riotte/Worms, S. 246 ff. u. 255) oder bei den Betrachtungen zur Verfassungsrealität von Oliver Haardt (Braune et alii, S. 49 u. 52) und zum Parteienstreit von Theo Jung (ebd. S. 117). Aber es gibt auch kontroverse Einschätzungen, etwa wenn Wolfram Pyta die politische Kompromissfähigkeit in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg herausstellt (bes. ebd. S. 95), wohingegen Nonn im selben Band in deren Fehlen und der daraus resultierenden Verantwortungslosigkeit bei vielen Politikern eine schwere Hypothek des Kaiserreiches mit später weitreichenden Folgen sieht (ebd. S. 419 f., ähnlich Riotte/Worms S. 73 f. u. 80).

Verklärung tritt hier nirgends zutage, es wird immer auch auf die Schattenseiten hingewiesen. Dazu gibt es aber auch stärker kritische Stimmen zu den gesellschaftlichen Strukturen und zur politischen Kultur des Kaiserreiches, etwa in Michal Dreyers staatsrechtlicher Verfassungsanalyse (Braune et alii, S. 3 ff.) oder bei den drei Autoren, die sich mit der damaligen Sozialdemokratie befassen und alle drei sehr deutlich mit ihrem Gegenstand sympathisieren (Walter Mühlhausen, Jürgen Schmidt und Ralf Regener in Braune et alii). Die „schwarze Legende“ findet sich am ehesten noch bei zwei Autorinnen im Band von Aschmann/Wienfort: Ulrike Lindner attestiert anhand der Kolonialpolitik den „Wilhelminern“, also den Zeitgenossen des Stiftungspatrons Friedrich Naumann, verbreitete „rassistische Überzeugungen“ und fordert als Konsequenz eine bislang nicht eingetretene „umfassende Dekolonisierung der Museumslandschaft und der Erinnerungskultur“, worin sie das neue Berliner Humboldt-Forum explizit einschließt (Aschmann/Wienfort, S. 120). Und Christina Morina, die zugibt, keine Spezialistin für das Kaiserreich zu sein, aber dennoch um eine Art Schlusswort für die Berliner Ringvorlesung gebeten wurde, sieht in einer weniger „kritischen“ Position zum Kaiserreich einen Angriff von rechts auf die „liberale Erinnerungskultur“, wofür sie dann auch noch Anzeichen ausgerechnet in der sicher nicht „rechtsorientierten“ *Zeit* ausgemacht haben will (vgl. ebd. S. 369 u. 384-391).

Wo liegt nun der Gehalt für die Liberalismus-Forschung in den drei Bänden? Dass zwischen Liberalismus und Kaiserreich eine enge Beziehung besteht, lässt sich erstens daran ersehen, dass dieser Staat zu großen – nicht allen – Teilen liberalen Vorstellungen entsprach und seine Gründung von einer Mehrheit der Liberalen begrüßt wurde, so auch Sabine Mangold-Will aus der Perspektive der deutschen Juden (Braune et alii, S. 289 ff.). Auch die zunächst zögerlichen Linksliberalen in Altpreußen und in Süddeutschland identifizierten sich schließlich mit Kaiser und Reich. Das hatte, zweitens, zur Folge, dass viele im 20. Jahrhundert wirksame Liberale von der politischen Kultur des Kaiserreiches geprägt wurden, allen voran Friedrich Naumann, aber auch Gustav Stresemann oder Theodor Heuss. Will man ihr Denken und Wirken verstehen, so kommt man um Betrachtungen zum Kaiserreich nicht herum.

Leider gibt es nur einen Beitrag dezidiert zum Liberalismus, von Michael Kitzing (Braune et alii). Aber dieser enttäuscht in jeder Hinsicht: Anders als der Titel vorgibt, handelt er vorwiegend von der badi-

schen Großblock-Politik, deren weitgehendes Scheitern Kitzing in die altbekannte – und längst widerlegte – These vom allgemeinen Niedergang des Liberalismus zwischen 1880 und 1914 einordnet. Sympathie für seinen Gegenstand lässt sich, anders als bei den erwähnten Autoren, die sich mit der Sozialdemokratie befassen, hier nicht unbedingt erkennen.

Daneben erfährt man in anderen Beiträgen aber doch einiges und durchaus auch neues zum Liberalismus im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert. Das gilt zunächst einmal für alle Beiträge zum Judentum bzw. dem Antisemitismus. Neben der bereits zitierten Sabine Mangold-Will sieht auch Tobias Hirschmüller eine hohe Identifikation der liberalen Juden mit dem Kaiserreich (Braune et alii, S. 300). Allerdings gerieten diese immer mehr von zionistischer Seite unter Druck. Das hatte natürlich mit dem virulenten Antisemitismus zu tun, dessen Ausmaß strittig ist. Christoph Nonn sieht ihn eher als eine rudimentäre Kraft, die schon vor 1900 ihren Höhenpunkt überschritten hatte (Riotte/Worms, S. 69 f. u. Aschmann/Wienfort, S. 136 ff.). Hedwig Richter zufolge „grundierte“ er dagegen das Alltagsleben im Kaiserreich (Aschmann/Wienfort, S. 155). Und während Nonn dem Liberalismus die größte Resistenz gegenüber antisemitischem Denken zumisst (ebd. S. 141), sieht Wolfgang Nippel überraschenderweise die Rolle der liberalen Historiker wie Theodor Mommsen im berühmt-berüchtigten Berliner „Antisemitismus-Streit“ kritischer als die des eigentlichen Urheber, des „abtrünnigen“ Nationalliberalen Heinrich von Treitschke (ebd. S. 361 f.).

Ein anderes Feld, wo liberaler Einfluss im Kaiserreich erkennbar ist, ist die Wirtschaft; der Aufstieg Deutschlands zu einer führenden Wirtschafts nation in dieser Zeit verdankte sich Werner Plumpe zufolge zwar nicht allein, aber doch auch dem vorherrschenden „liberalen Paradigma“ (Aschmann/Wienfort, S. 243). Dieses verhinderte, dass die politische Führung gar nicht so protektionistisch agieren konnte, wie von interessierter Seite mit Nachdruck in der Öffentlichkeit gefordert wurde, so Christoph Torp (Riotte/Worms, S. 189). Nicht so deutlich wie erwartet wird allerdings der liberale Einfluss an zwei anderen Stellen herausgearbeitet: Thomas Mergel hebt zwar in seinem Beitrag zur Urbanisierung – wo es auch damals schon in etwas anderer Form Probleme mit einer ungeplanten Zuwanderung gab, allerdings vor allem aus dem ländlichen Deutschland – den Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge hervor, lässt dabei aber weitgehend beiseite, dass es vor allem liberale Kommunalpolitiker waren, die den sogenannten „Munizipalsozialismus“ exekutierten (vgl. Aschmann/Wienfort, S. 259 f.). In ihrem fein austarierten Beitrag zur Frauenbewegung, der die sehr verschiedenen Wurzeln der Frauenemanzipation im späten 19. Jahrhundert aufzeigt, kritisiert Monika Wienfort zwar – zu Recht – die Halbherzigkeit auch der Linksliberalen nicht nur in Sachen Frauenwahlrecht; zugleich plädiert sie aber für eine Aufwertung der gemäßigten, liberalen Frauenbewegung (Aschmann/Wienfort, S. 185 ff.). Kerstin Wolff dagegen stellt den Kasseler Frauenbildungsverein vor, dessen Programm eindeutig liberale Wurzeln hatte und der trotz seiner Kooperation mit dem örtlichen „Arbeiterbildungsverein“ eigentlich eindeutig im liberalen Lager verortet werden könnte, da die „Arbeiterbildung“ seit Mitte des 19. Jahrhundert speziell von Linksliberalen betrieben wurde; nur sucht man das Attribut in Wolffs Aufsatz vergebens (Braune et alii, S. 231-244).

Für die Liberalismus-Forschung bleibt also noch viel zu tun, um den positiven Beitrag von liberalen Personen und Ideen auf die Entwicklung des Kaiserreiches stärker in der kollektiven Erinnerung zu verankern. Wie das geschehen kann, stellt Sebastian Rojek (Braune et alii) unter Beweis in Bezug auf die liberale Wehr- resp. Marinepolitik in den 1870er Jahren. Seit 1848 gehörte eine möglichst starke deutsche Flotte zu den liberalen Lieblingsprojekten. Entsprechend fand der erste kaiserliche Marinechef Stosch im Reichstag die Unterstützung der Liberalen für sein Flottenprogramm, was Reichskanzler Bismarck irritierte. Der dilatorische Umgang mit dem Untergang eines gerade in Dienst gestellten Panzerschiffs änderte jedoch grundlegend die Konstellation, da die liberale Mehrheit im Reichstag die Hinter-

gründe aufdecken wollte, einen Untersuchungsausschuss einberief und schließlich einen Misstrauensantrag gegen den General stellte, welcher aber dann den innerliberalen Wirren nach Abspaltung der „Sezession“ zum Opfer fiel (Braune et alii, S. 152 ff.).

Die kritischen Anmerkungen sollen aber nicht den Wert der drei Bände für Forschung und politische Bildung verringern, der zweifellos hoch anzusetzen ist. Alle drei haben, das ist hoffentlich trotz der gebotenen Kürze deutlich geworden, überwiegend Vorzüge und ergänzen sich auch recht gut: Der Band von Birgit Aschmann und Monika Wienfort bietet sicher den besten Überblick über Forschungsstand und Forschungsdebatten zum Kaiserreich. Im Sammelwerk von Thorsten Rlotte und Kirsten Worms wird gezeigt, wie man das Kaiserreich nicht nur im Sinne der politischen Bildung, sondern auch kultur- und kunstgeschichtlich Betrachten in der Gegenwart vermitteln kann. Und das Jenaer-Friedrichsruher Gemeinschaftswerk ist dem Puls der aktuellen Forschung sicherlich am nächsten und wartet mit den detailliertesten Einzelstudien auf. Alle drei zeigen, wie breit und wie facettenreich die Forschung zum Kaiserreich inzwischen ist und welche unterschiedlichen Zugänge es gibt, um unser Bild von diesem Abschnitt deutscher Geschichte zu schärfen.

Welche Schlussfolgerungen sind daraus nun zu ziehen? Vieles spricht in den Augen des Rezensenten dafür, dass die oben skizzierte, „ausgewogene“ Sicht von Christoph Nonn die angemessene ist; sie kommt ja auch im Titel von Aschmann/Wienfort zum Ausdruck. Gerade der internationale Vergleich zeigt, dass das Kaiserreich recht „normal“ war. Es war keineswegs die „gute alte Zeit“, was auch niemand mehr unter ernstzunehmenden Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen behauptet. Es war aber auch nicht die Abweichung vom (west-)europäischen „Normalweg“, die zwangsläufig in die Katastrophe führte. Natürlich bleibt diese „deutsche Katastrophe“ im 20. Jahrhundert auf ewig ein zu erklärender und zu erinnernder Gegenstand von Forschung und politischer Bildung, aber sie war allenfalls in Teilen in den Strukturen und Mentalitäten des Kaiserreiches angelegt. In den Jahrzehnten vor 1914 deutete vieles daraufhin, dass die „Verwestlichung“ der Deutschen eher zu- als abnahm. Der den Zeitgenossen zunächst verborgene Beginn des Weges in den Abgrund im Hochsommer 1914 hatte vor allem außenpolitische Gründe, die dem wiedervereinigten Deutschland nach 1990 auch nicht so völlig fremd sind (die Mittellage, eine fast alle europäischen Nachbarn überragende demographische und wirtschaftliche Größe etc.). Nur sind jetzt glücklicherweise die interstaatlichen Beziehungen im nordatlantischen Raum ganz andere, viel belastbarer; man kennt sich besser, östliche Nachbarn einmal angenommen.

Letztlich ist Christoph Nonn sicherlich zuzustimmen, wenn er nicht nur in Bezug auf den Antisemitismus feststellt: „Vom Kaiserreich führt kein gerader Weg in den Nationalsozialismus“ (Aschmann/Wienfort, S. 142). Das sollte aber, wie gesagt, natürlich nicht davon abhalten, weiterhin zu untersuchen und zu reflektieren, wo – nicht nur – die liberalen Aktiva und Passiva dieses wichtigen Abschnitts jüngerer deutscher Geschichte waren. Alle drei hier vorgestellten Bände bieten dazu Ansatzpunkte zuhauf.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit





Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Dirk Schumann / Christoph Gusy / Walter Mühlhausen (Hrsg.): Demokratie versuchen. Die Verfassung in der politischen Kultur der Weimarer Republik.

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2021, 391 S., ISBN 978-3-525-31129-5

Verfassungen sind nicht nur juristische Schlüsseldokumente, sondern auch Gegenstand politischer und kultureller Auseinandersetzungen. Dies zeigt sich am deutlichsten mit Blick auf die amerikanische Verfassung, die schließlich nicht nur von Verfassungsrechtlern in die Hand genommen wird, sondern auch von Tattoo-Künstlern und Tassenherstellern, die ein selbstbewusstes „We the People“ an den unterschiedlichsten Orten anbringen. Doch auch mit Blick auf die deutsche Geschichte lohnt sich ein Blick auf der Rolle von Verfassungen in der politischen Kultur. Auf eindrucksvolle Weise belegt dies der vorliegende Sammelband, der im Rahmen der Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte erschienen ist und auf einem Symposium im Deutschen Bundestag im Februar 2019 aufbaut.

Die Autorinnen und Autoren beleuchten dabei aus unterschiedlichen Perspektiven die Rolle der Reichsverfassung (WRV) in der Weimarer Republik. Gegliedert ist der Band in Aufsätze zu Entstehungsumständen, Akteuren, symbolischen Praktiken, Handlungsfeldern, Diskursthemen und Synthesen, was bereits den Anspruch verdeutlicht, nicht einfach nur „tatsächliche oder vermeintliche Mängel des Textes der WRV“ zu analysieren, sondern die „von ihr ausgehenden Impulse und deren Rezeption unter den Funktionseliten wie in der breiteren Bevölkerung“ zu untersuchen (S. 27). Christopher Clark und Oliver Haardt folgend versuchen die Herausgeber daher „die Krisen der Weimarer Republik und ihrer Verfassung erst einmal analytisch voneinander zu trennen und auf dieser Grundlage nach wechselseitigen Einflüssen zu fragen, ohne eine vorbestimmte Entwicklungslinie zu unterstellen“ (S. 11).

Der erste Beitrag von *Andreas Wirsching* befasst sich mit „Zeiterwartung und Verfassungsschöpfung in Deutschland 1919“. Die Bemühungen der Nationalversammlung – aber auch die politische Kultur allgemein – sei von einem Streben gekennzeichnet, „aus einem als bedrückend empfundenen Zustand möglichst rasch heraus- und in einen imaginierten neuen und besseren Zustand hineinzukommen“ (S. 35). Für Friedrich Naumann gehörte dazu ausdrücklich auch die Chance, „eine wirklich bis zu Ende gegangene bürgerliche Umgestaltung“ zu erreichen, nach der Sozialdemokraten, Liberale und Zentrum gemeinsam bekennen würden: „Wir sind ein Volk!“ (S. 47). Obwohl die Schaffung der WRV eine „Sternstunde des Parlamentarismus“ gewesen sei, betont Wirsching gleichzeitig Ambivalenzen und fragt kritisch, „ob eine parlamentarische Demokratie unter den Bedingungen der modernen Massengesellschaft überhaupt dazu in der Lage“ sei, „einen zukunftsbezogenen Modus der Verheißung dauerhaft aufzubringen und die von ihm geweckten Erwartungen zu erfüllen (S. 50).



Den unmittelbaren Kontext des verlorenen Krieges nehmen in den darauffolgenden Beiträgen *Hélène Miard-Delacroix* und *Marcus M. Payk* in den Blick. Miard-Delacroix schaut auf den „verfassungspolitischen Weg aus dem Krieg“ und vergleicht dabei Deutschland und Frankreich. Sie kommt zu dem Schluss, dass der Krieg „in der Verfassungspraxis der beiden Länder [...] jederzeit abrufbar gewesen sei – dies aber in „konträrer Weise“ (S. 64). In Deutschland habe die Niederlage dabei eher den – vor allem von Rechtsextremen – forcierten „Hiatus zwischen Nation und Staat“ verschärft (S. 65), der maßgeblich zur Überforderung der jungen Republik beitrug. Payk arbeitet dagegen die internationale Dimension der WRV heraus, kommt aber ebenfalls zum pessimistischen Schluss, dass die Hoffnung, mit einem Bekenntnis zum Völkerrecht „milde Friedensbedingungen einzufordern“ von den Siegermächten enttäuscht worden sei – mit gravierenden Konsequenzen für die Akzeptanz der Nachkriegsordnung und des Völkerrechts nicht nur bei der extremen Rechten (S. 86).

Mahnungen für differenzierte Sichtweisen, die auch regionale Besonderheiten berücksichtigen, sind die Beiträge von *Christoph Gusy* und *Dietmar Müller*. Gusy blickt dabei vor allem auf die unterschiedlichen regionalen Kulturen der einzelnen Länder in Deutschland. Die dabei sichtbar werdende „Heterogenität“ sei ein „Charakteristikum der Kultur der Republik“ (S. 104). Der von Müller gewagte Blick auf „Verfassungsgebung und Staatlichkeit im östlichen Europa der Zwischenkriegszeit“ zeichnet ebenfalls ein heterogenes Bild. So wies das Parteiensystem in den jeweiligen Ländern „neben den generellen politischen cleavages in Europa (von konservativ, über liberal und hin zu sozialistisch) weitere auf“, darunter „Regionalparteien, Parteien der ethnischen Minderheiten und Bauernparteien“ (S. 132), was nicht nur einen Einfluss auf einzelne Politikfelder wie der Agrarpolitik, sondern auch auf die Verfassungskulturen gehabt hätte.

Besonders wertvoll sind im vorliegenden Band die Beiträge zu einzelnen Akteuren. *Walther Mühlhausen* befasst sich mit Friedrich Ebert, *Wolfram Pyta* mit Paul von Hindenburg und *Anthony McElligot* mit dem Landrat Herbert von Bismarck. Nicht nur vor dem Hintergrund des zentralen Artikels 48 ist dieser biographische Zugriff von großem Wert, da auf diese Weise deutlich wird, wie unterschiedlich die persönlichen Zugriffe auf die Verfassung waren. Der sogenannte „Preußenschlag“ von 1932, so Mühlhausen, wäre unter Ebert nie möglich gewesen (S. 155). Obwohl Verfassungsgeschichte primär (Rechts-)Strukturgeschichte ist, wird damit deutlich, dass die konkrete politische Ausgestaltung und persönliche Prägungen ein wesentlicher Teil der entsprechenden Erzählungen sein müssen.

Nach wie vor wenig bekannt sind die „symbolischen Praktiken“, die gleichsam als Vorläufer des bundesrepublikanischen Verfassungspatriotismus gelten können. Die Beiträge von *Nadine Rossol* zu den Verfassungsfeiern in der Weimarer Republik und von *Andreas Biefang* zur symbolischen Macht des Reichstags bieten daher wichtige Erkenntnisse. Die republikanische Besetzung des öffentlichen Raums sei teilweise durchaus erfolgreich gewesen, was zu einem wesentlichen Teil auch dem mitgliederstarken Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu verdanken gewesen sei, aber letztendlich gelang es weder den Verfassungsfeiern noch dem Amt des Reichspräsidenten, die „wirkmächtige Staatsrepräsentation“ des Kaiserreichs zu ersetzen (S. 231) – auch, weil Weimar die Zeit davonlief (S. 224).

Dass die WRV in vielen Bereichen durchaus erfolgreich war und für spätere Errungenschaften wegweisend war, zeigen die Beiträge zu Handlungsfeldern und Diskursthemen. *Kirsten Heinsohn* widmet sich dabei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, während *Gerd Bender* auf die „inklusive Arbeitspolitik“ blickt. In beiden Bereichen wurden während der Weimarer Republik beachtliche Fortschritte erzielt, die gerade vor dem Hintergrund der gewaltigen Herausforderungen gewürdigt werden sollten. „So zerbrechlich das Stinnes-Legien-Abkommen, jenes sozietale Pendant zu Verfassung und verfassungsnaher Gesetzgebung auch war“, betont Bender beispielsweise: „gemeinsam mit der staatlichen Normenproduktion ist es Teil einer bedeutenden Episode, in der die neuen Möglichkeiten der arbeits- und industriepolitischen Regierbarkeit greifbar waren“ (S. 294). Auch die „politische Kultur des

Kompromisses“, wie sie von *Marcus Llanque* betrachtet wird, kann als politiktechnische Errungenschaft gelten. Dass dies aber nicht die „Inklusion aller denkbaren Werte und Überzeugungen“ – also auch derjenigen, die „explizit jeglichem Parlamentarismus den Kampf angesagt haben“ – umfassen kann, ist ebenfalls eine Lehre aus der Weimarer Geschichte (S. 322).

Ebenso wie die Ausführungen zum Kompromiss ist auch *Kathrin Grohs* Blick auf die „Problematik des Volkswillens“ für heutige Leserinnen und Leser nützlich, da es auch in der Gegenwart immer noch Parlamentarismuskritiker gibt, die sich auf einen Volksgeist oder eine *volonté générale* berufen – Weimarer Parlamentarismustheoretiker betonten demgegenüber die Bedeutung von Leitungsorganen, die mit „einem gewissen Maß an Entscheidungsfreiheit“ auszustatten seien (S. 337), da in einer differenzierten Gesellschaft anders kaum eine Volksherrschaft umzusetzen sei. Nicht nur der Umgang mit dem Konzept des Volkswillens, sondern auch der demokratische Föderalismus, wie er von *Almut Neumann* untersucht wird, zeigt die Aktualität der damaligen Verfassungsdebatten. Die „Verbindung von Föderalismus und Demokratie“ wird von Neumann zurecht als ergriffene Chance gedeutet, die auch die heutige bundesrepublikanische Praxis prägt (S. 357).

Die abschließenden Synthesen von *Alexander Gallus* und *Anna-Bettina Kaiser* runden den Band ab. Gallus betont dabei nochmals das Auseinanderklaffen von „Ideal und Wirklichkeit, Verfassungstext und ‚Verfassungskultur‘“ (S. 372), während sich Kaiser ausführlich mit Integration als Schlüssel- und Brückenbegriff der vorhergegangenen Beiträge auseinandersetzt. Die WRV habe – durchaus mit Erfolgen – ein „Integrationsversprechen“ abgegeben (S. 380), welches auf den Willen zur Desintegration der Gegner von links und rechts getroffen sei. Einen Satz von Konrad Hesse aufgreifend betont Kaiser dementsprechend die Bedeutung eines „Willens zur Verfassung“ und schließt treffend: „Ein solcher Wille fehlte vielen zentralen Weimarer Akteuren. Sie haben die Weimarer Republik bewusst zerstört“ (S. 380).

Weimar war – wie Detlev Peukert es einst formuliert hat – ein „Laboratorium der Moderne“, und ebenso wie wissenschaftliche und wirtschaftliche Errungenschaften dieser Zeit gibt es auch ein verfassungskulturelles Erbe, aus dem sich, natürlich mit der gebotenen Vorsicht vor Anachronismus, durchaus Lehren für die Gegenwart ziehen lassen. Das Spannungsfeld von Integration pluraler Interessen und Ausgrenzung verfassungsfeindlicher Bestrebungen hat nichts von seiner Aktualität verloren. Dass eine demokratisch-pluralistische Verfassung scheitern kann, wenn die Zahl ihrer Gegner zu groß wird, ist dabei vielleicht die zentrale Mahnung.

Berlin

Thomas Clausen



ARCHIV DES
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



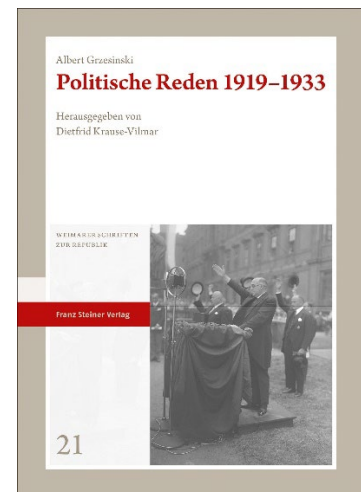


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Albert Grzesinski: Politische Reden 1919–1933.

Hrsg. von Dietfrid Krause-Vilmar. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2022 (Weimarer Schriften zur Republik, 21), 202 S., ISBN 978-3-515-13318-0

In Weimar tut sich in den letzten Jahren viel in Sachen „Weimarer Republik“. Als die Stadt 1999 zur Kulturhauptstadt Europas ernannt worden war, erinnerte beschämend wenig an die erste deutsche parlamentarische Demokratie. Geändert hat sich dies vor allem durch das Engagement des Weimarer Republik e.V. Dieser unterhält das „Haus der Weimarer Republik“ mit dauerhafter Ausstellung im Herzen der Stadt – vis-à-vis vom Deutschen Nationaltheater, in dem 1918 die Verfassungsgebende Versammlung getagt hatte. Der Verein ist aber auch Initiator und Träger von Forschungsarbeit und in Person der Reihenherausgeber Michael Dreyer und Andreas Braune verantwortlich für die „Weimarer Schriften zur Republik“, in denen wichtige Monografien, Sammelbände und Quelleneditionen zum Thema erscheinen.



Mit Band 21 dieser Reihe werden nun politische Reden von Albert Grzesinski aus den Jahren 1919 bis 1933 publiziert. Sie stammen zum großen Teil aus dem Nachlass im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, werden also erstmals einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Grzesinski eignet sich sehr gut dafür, die Demokratiegeschichte der Weimarer Republik anschaulich zu machen. Als Parlamentarier hatte er während der gesamten Zeit ein Mandat im Preußischen Landtag inne, bekannt wurde er als preußischer Innenminister (1926-1930) und Berliner Polizeipräsident (1925-1926 und 1930-1932). Dabei steht er für die Demokratisierung und Modernisierung der Polizei und den „Republiksschutz“, also für ein Konzept der wehrhaften Demokratie.

Grzesinski war ohne Zweifel ein Wegbereiter der Demokratie: ein „Anwalt der politischen Bildung für die junge Demokratie und [...] überzeugter Botschafter des Weimarer Verfassungswerkes“ (S. 199), um es mit den Worten des Herausgebers Dietfrid Krause-Vilmar auszudrücken. Nach den rund 20 Jahre alten Publikationen von Thomas Albrecht und Eberhard Kolb gehören die Aufsätze Krause-Vilmars zu den besten Forschungen über Grzesinski; es gibt deshalb kaum einen geeigneteren Herausgeber.

Über die Biografie und die Rahmenbedingungen informiert innerhalb der Edition die Einleitung und eine tabellarische Übersicht im Anhang. Grzesinski war durch und durch ein im Milieu und der Organisation der Arbeiterbewegung verwurzelter Sozialdemokrat. Als Sohn eines Hausmädchens 1879 unehelich geboren, vollzog er im Kaiserreich einen sozialen Aufstieg vom Volksschulabsolventen, Handwerker und Metallindustriearbeiter zum Gewerkschaftssekretär und tatkräftigen Macher innerhalb der kommunalen Verwaltung seiner Heimatstadt Kassel. Innerhalb gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Organisationen erwarb er sich politisches Wissen und Organisationsfähigkeiten. Ohne je Soldat gewesen zu sein, wurde er 1919 Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium zu einer

Zeit, als die Probleme groß waren: Die Demobilisierung und Abwicklung der Militärverwaltung standen genauso auf der Tagesordnung wie die Versorgung der zurückkehrenden Soldaten.

Im Kern des Buches stehen 38 Reden Grzesinskis, die sich über die Einleitung mit ihren konkreten Verweisen, aber auch durch die vom Herausgeber festgelegten und sehr gut formulierten Überschriften erschließen lassen. So gelingt schon via Inhaltsverzeichnis ein gezielter Zugriff auf die verschiedenen Themen.

Diese sind durchaus vielfältig. Grzesinskis Position zur modernen Polizeiarbeit und inneren Sicherheit nimmt einen angemessen breiten Platz in der Edition ein. Das bekannte Bild vom Polizisten als „Helfer und Freund“ (S. 64) findet sich genauso wieder wie die Aufforderung, „dass die Polizei fortgesetzt selbst an sich arbeiten müsse“ (ebd.). Aber auch die allgemeine Notwendigkeit der Toleranz (etwa S. 31) und der Völkerverständigung (S. 57) betonte Grzesinski. Anfang der 1930er Jahre referierte er über den Erfolg einer aktiven Personalpolitik im preußischen Beamtenapparat, „dass das Adelsmonopol für die höheren Verwaltungs- und besonders für die politischen Beamten völlig gebrochen wurde [...] und dass von den etwa 540 politischen Beamten den republikanischen Parteien – das sind Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten – etwa 450 angehören, während früher alles stockkonservativ war“ (S. 179). Nicht nur an dieser Stelle erweist sich Grzesinski als gefestigter und überzeugter Anhänger der Weimarer Koalition von SPD, politischem Katholizismus und Linksliberalismus. Im Land Preußen hielt diese Koalition ja als „Bollwerk“ bis zum Schluss, bis zur gewaltsamen Absetzung im Papen-Putsch. Grzesinski zufolge sollte Preußen Vorbild werden, im fortschrittlich-demokratischen Sinne „in Deutschland voran“ (S. 37) gehen.

Wiederkehrende Bezugspunkte Grzesinskis waren die revolutionären Erfahrungen des Novembers 1918 mit der Errichtung der parlamentarischen Demokratie. Bemerkenswert sind seine frühe klare Sicht auf die Bedeutung der Dolchstoßlegende (Nr. 1, S. 23-27) und sein klares Plädoyer für die ausnahmslose Einhaltung des staatlichen Gewaltmonopols: Er wolle, „dass Zivilpersonen möglichst überhaupt keine Waffen führen“ (S. 63) dürfen. Eine klare Stellungnahme für die politische Gleichberechtigung der Frauen nutzte er als Plädoyer gegen die „Trägheit“ (S. 124) und zur Klage darüber, dass zu viele Frauen die Parteien wählten, die nicht für die politischen Rechte der Frauen eintraten und Gegner des Frauenwahlrechts gewesen waren. Besonders bitter stieß ihm im Jahr 1931 auf, „dass es immer noch Frauen genug gibt, die den sogenannten Nationalsozialisten ihre Stimme und ihre Gefolgschaft geben“ (S. 125). Zuvor hatte er schon beklagt, wie viele Arbeiter und Angestellte monarchistischen und antidemokratischen Verbänden „angehören und nachlaufen“ (S. 47). Dagegen setzte er auf „Aufklärung, unsere Jugend und die Frauen“ (ebd.).

Grzesinski erkannte somit früh die Gefahr des antidemokratischen und antiparlamentarischen Denkens sowie der politischen Gewalt. 1922 klagte er: Die „Presse- und Redefreiheit ist zur Schimpf- und Schmähfreiheit geworden“ (S. 31). Politische Morde erschütterten die Republik; demokratiefeindliche Handlungen würden von der Justiz nicht gerecht beurteilt (S. 35). Deshalb bezweifelte Grzesinski 1921, dass ein Linker „objektive Richter finden wird“ (S. 29). Gegen diese klar erkannten Strukturprobleme setzte er auf Demokratisierung und Umbau des Beamtenapparats, aber auch auf die republikanische preußische Polizei und den politischen Republikenschutz für die Demokratie. Intendiert sei dabei nicht die Einschränkung der friedlichen verfassungsmäßigen Meinungsäußerung oder der Presse- und Versammlungsfreiheit, sondern die „Verfolgung von Straftaten und Verbrechen“ (S. 32), zu denen er auch Hass und Hetze, vor allem aber die Straßengewalt zählte.

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die politische Weitsicht Grzesinskis, die klaren Worte, die Konsequenz im Handeln und Reden sowie die Betonung der demokratischen Werte, insbesondere der Toleranz.

Die letzten Reden der Edition sind bedrückend, wird doch in den letzten Jahren der Republik klar, dass die Demokratisierungsideen scheitern. „Verzweiflung wird sichtbar“ (S. 18), wie es der Herausgeber Dietfrid Krause-Vilmar treffend formuliert. Die letzte Rede ist eine nicht mehr öffentlich gehaltene, aber auf Schallplatte aufgenommene Wahlkampfreden für die Märzwahl 1933. Im Gegensatz zu der sonst angewandten Linie übernimmt Krause-Vilmar hier die im Typoskript vorgefundene Überschrift: „Meine letzte Wahlrede“ (S. 195). Wenig später flüchtete Grzesinski über Österreich und die Schweiz nach Paris und New York, wo er 1947 starb.

Nicht nur an dieser Stelle wird die Atmosphäre der Zeit durch die authentischen Quellen erfahrbar. Es ist ein großes Verdienst, diese und die anderen 37 Reden der Öffentlichkeit und der Forschung zur Verfügung zu stellen. Die Auswahl, die editorische Sorgfalt und die kommentierende Einordnung sind gelungen. Der Band ist sehr zu empfehlen.

Sucht man Monita, so kann neben wenigen Tippfehlern vermerkt werden, dass zur Bedeutung des Genres der politischen Rede etwas mehr hätte gesagt werden können als die Bemerkung, dass es ja kein Fernsehen und kein Internet gab (S. 11) und Reden deshalb wichtig seien. Ein Index – zumindest ein Namensregister – hätte dem Band gutgetan. Der Forschungsstand zur Polizei- und Verwaltungsgeschichte, Verweise auf Gewaltforschung oder auf Dagmar Ellerbrocks Kulturgeschichte des Waffenbesitzes hätten zumindest skizziert werden können.

Für die Liberalismusforschung bietet die Edition wichtige Ansatzpunkte, allerdings indirekt, da ein Sozialdemokrat im Zentrum steht – der aber in seiner Arbeit als Minister und Polizeipräsident sehr eng mit Liberalen wie Wilhelm Abegg und Bernhard Weiß zusammengearbeitet hat, die genauso in der Edition Erwähnung finden wie Walter Rathenau oder Hugo Preuß.

Berlin

Tobias Kaiser



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Anat Feinberg: Die Villa in Berlin. Eine jüdische Familiengeschichte 1924-1934.

Göttingen: Wallstein, 2022, 232 S., zahlr. Abbildungen, ISBN 978-3-8353-5315-2

„Berlin in den ‚Goldenen Zwanzigern‘: eine Familiensaga im Spiegel jüdischer Kultur“, liest man auf der Innenseite des Schutzumschlages des Buches der namhaften israelischen Literaturwissenschaftlerin Anat Feinberg. Und es ist in der Tat ein Stück Familien- und Zeitgeschichte, das jedoch dem Leser einen weitaus größeren Fokus eröffnet als zunächst vielleicht erwartet. Mit der im Zentrum des Geschehens stehenden Schöneberger Villa der aus Litauen stammenden, seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Schweden verbliebenen (und mit der schwedischen Staatsbürgerschaft versehenen) Unternehmerfamilie Grüngard eröffnet sich in der von Feinberg, der Enkelin Feivel und Braina Grüngards, verfassten Familiengeschichte eine Welt, die weit über das rein Familienbiographische hinausgeht.

Sie bietet ein Kaleidoskop des kulturellen Lebens und der Geistesgeschichte jüdischer und in diesem speziellen Zusammenhang in vielerlei Hinsicht „privilegierter“ (S. 213) Migranten im Berlin der Zwanziger Jahre – ein Jahr nach dem Krisenjahr 1923 bis in das Frühjahr 1934. Das Buch spiegelt dabei sowohl den jüdischen und hebräischen Alltag der eher säkular lebenden Familie wider als auch das beklemmender werdende politische Klima, die gesellschaftlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und den für Juden immer bedrohlicher und offen hervortretenden Antisemitismus.

Mit dem geschickten Kunstgriff der tagebuchartigen Einträge des fiktiven Hauslehrers David entsteht ein Bild des Alltags der Familie Grüngard, die sich – mit den Worten der Großmutter Barina – selbst als „Vollblutzionisten“ (S. 10) versteht, aber von der Gesellschaft, auch einem Teil der jüdischen, zugleich als so genannte „Ostjuden“ (S. 8) angesehen und bewertet wird. Damit wird die Vielschichtigkeit und Heterogenität der jüdischen Bevölkerung und ihres jeweiligen Selbstverständnisses im Schmelztiegel Berlin, einem bedeutenden Migrationszentrum für Juden aus dem östlichen Europa, sowie das weite Spektrum ihrer religiösen Praxis, geistesgeschichtlichen Prägung und nationalen Zugehörigkeitsgefühls gezeigt: ein Stück Soziologie des Berliner Judentums und seiner verschiedenen Fraktionen in dieser politisch wie gesellschaftlich so umtriebigen Zeit. Inneres Familienleben, Interaktion mit der Öffentlichkeit, Rezeption und Reflexion der Gegebenheiten und des (jüdischen wie ‚allgemeinen‘) Berliner Kulturlebens werden anschaulich dokumentiert. David fungiert dabei als Erzähler der Lebensumstände, der so zahlreichen zionistischen Treffen, Bankette, Vorträge, Lesungen und Abendveranstaltungen in dem von der Großmutter Feinbergs souverän und engagiert geführten „Salon Grüngard“, in dem sich über ein Jahrzehnt hinweg das „Who is Who“ der zionistischen Bewegung versammelte. Prominente zionistische Politiker wie Nahum Sokolow, Literaten wie Saul Tschernichowsky und Avraham Shlonsky, Intellektuelle und Künstler machten die „Villa Grüngard“ zu einem wichtigen Zentrum des Austausches



und auch zu einem „Förderzentrum“ (C.S.) wichtiger zionistischer Institutionen und Kulturstätten wie etwa dem Habimah Theater, dem ursprünglich in Russland gegründeten und später in Tel Aviv installierten israelischen Nationaltheater, und dessen Kreis um den hebräischen Schriftsteller, Journalisten und Rechtsanwalt Sammy Gronemann. „Russisch, Jiddisch, Deutsch, Hebräisch, Schwedisch, ja sogar Englisch“ (S. 23) – ein wahres Sprachgewirr und nicht minder verschiedene Anschauungen trafen hier zusammen.

Der Tradition jüdischer Frauen des 19. Jahrhunderts folgend wurde das Haus zu einem Platz des interkulturellen Austausches innerhalb der Gesellschaft der „Gojim“. Mäzenatentum und soziales Engagement gingen eng damit einher. Brina Grüngard gehörte auch zu den Gründerinnen des Jüdischen Volksheimes.

Das Aufleben der hebräischen Sprache stand bei diesen Treffen im zionistischen Kultursalon ebenso im Mittelpunkt wie auch die Förderung einer Staatsgründung in Palästina als künftiger „nationaler Heimstätte“ der Juden nach der Balfour-Deklaration 1917. Der Unternehmer Feivel Grüngard engagierte sich bereits sehr früh im Rahmen der landwirtschaftlichen Ansiedlungspolitik beim Aufbau einer Firma zum Export von Zitrusfrüchten aus Palästina, der Jaffa Goldfruit Cooperative Society. Er beteiligte sich an der Gründung der Jüdischen Genossenschaftsbank Iwria in Berlin und wurde im Jahr 1931 in die Exekutive des Hebräischen Weltbundes gewählt. Mit großem Interesse wurde im Haus Grüngard der Aufbau eines Staates Palästina gefördert, aber auch die dabei entstehenden Konflikte besorgt verfolgt. Die politische Entwicklung wird in den Tagebucheinträgen anschaulich behandelt.

David ist dabei stets auch ein Bindeglied zwischen dem Leben in der mondänen prachtvollen Unternehmer-Villa im Schöneberger Bayerischen Viertel und seinem eigenen, eher profanen Dasein als Hauslehrer, der seinen Haupterwerb eigentlich als Angestellter im renommierten jüdischen Kaufhaus Tietz bestreitet. Er ist Beobachter, Erzähler und zugleich auch zunehmend Berater der Eltern wie auch der Kinder Grüngard in all' den Dingen, die ihnen in der neuen Umgebung und Gesellschaft fremd erscheinen oder auch zwischen den Generationen selbst. Denn sowohl die Eltern Grüngard als auch die beiden Kinder stehen bis zuletzt in einem inneren Zwiespalt zwischen einem erhofften Zugehörigkeitsgefühl einerseits, dem Gefühl des Angekommen- und Angenommenseins, und der Wahrnehmung des Ausgegrenztseins andererseits. Was dabei stets deutlich wird, ist die Durchdringung mit dem „zionistischen Traum“ (Buchumschlag) und der damit verbundenen Sehnsucht nach „Erez Israel“. Es ist ein Leben, das sich in verschiedenen „Sphären“ und eigentlich immer „auf dem Sprung“ abspielt: in der Gesellschaft der deutschen Juden, informiert über „alle jüdischen Angelegenheiten in der Stadt“ (S. 44), mit denen man in der Öffentlichkeit, die Kinder in der Schule, im Kunst- und Kulturbetrieb zu tun hat, und unter den „wahren Zionisten“, die „allesamt aus dem Osten hervorgegangen [sind], selbst wenn Deutschland ihnen zeitweilig eine Zwischenstation war“ (S. 41).

Mit zunehmender Radikalisierung des Antisemitismus in der Weimarer Republik wächst das in der Familie Grüngard im Grunde stets existierende, nun angesichts der zunehmenden Gefährdung immer realer werdende Bedürfnis, nach „Erez Israel“ auszuwandern. Längst erlebten die Kinder – Ayla im Berliner Rückert Gymnasium, Jehuda an der Universität – die zunehmende Aggressivität gegenüber jüdischen Mitbürgern, die Villa wurde gar nach einer Denunziation im Dezember 1933 durchsucht. Angst machte sich breit; alles wurde darauf ausgerichtet, Berlin nach der bereits erfolgten Übersiedlung des Sohnes in die Schweiz 1933 und nach dem Schulabschluss der Tochter zu verlassen, um Anfang 1934 in eine Mietwohnung in Tel Aviv zu ziehen. Zurück in Berlin blieb David. Sein Schicksal und das seiner Mutter, von der man nur erfährt, dass sie seit 1932 im Altersheim der Jüdischen Gemeinde in Schmaragdendorf lebte, bleibt offen. Das Altersheim wurde 1941 von der SS beschlagnahmt, seine letzten Bewohner und das Pflegepersonal deportiert. Davids Arbeitgeber, die jüdische Familie Tietz, Gründerfa-

milie eines der größten Berliner Kaufhauskonzerne, wurde schrittweise enteignet, der Konzern „ariisiert“ und die Familie selbst zur Flucht gezwungen. Man mag sich das Schicksal des Hauslehrers selbst ausmalen – „mit der Emigration der Familie war [seine] Aufgabe als Privatlehrer erfüllt“ (S. 219).

Die prachtvolle Villa in der Freiherr-vom-Stein-Straße 13, einst ein bedeutsames Zentrum des vielgestaltigen und aktiven zionistischen jüdischen Lebens in Berlin, überlebte den Krieg nur als Ruine; erst im Jahre 1959 verkaufte die zwischenzeitlich verwitwete Braina Grüngard das Grundstück an die Stadt. Längst sind das Haus im Berlin der 1920er Jahre und das Leben seiner Bewohner Geschichte – mit diesem Buch nimmt sie nicht nur für Berlin Interessierte eine sehr wichtige und anschauliche Gestalt an.

Berlin

Christiane Scheidemann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Susanne Keller-Giger: Carl Kostka und die Deutschdemokratische Freiheitspartei in der Tschechoslowakei der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg.

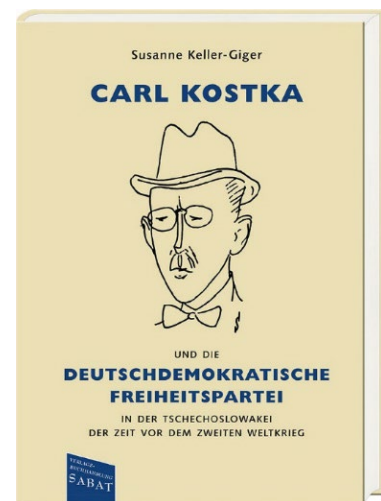
Kulmbach: Verlagsbuchhandlung Sabat, 2021, 296 S., ISBN 978-3-943506-96-9

Die Bearbeitung „Weißer Flecken“ der allgemeinen oder politischen Geschichte, sei es in Deutschland oder anderen Teilen Europas, ist sicher kein spezielles Steckpferd der Liberalismusforscher. Aber da der politische Liberalismus im 20. Jahrhundert zu meist zu einer Minderheitenströmung innerhalb des jeweiligen politischen Systems geworden ist, neigt die Historiographie oft genug dazu, ihn als lediglich randständige Kraft zu identifizieren – oder gar schlicht zu ignorieren. Liberalismusforschung wird somit häufig genug zur mühsamen Präparierung von „Bruchstücken“ der sonstigen Historiographie, von unerforschten „Weißer Flecken“, die eher unbeachtet, jedenfalls ungewürdigt im Nebel des Vergessens zu verschwinden drohen.

Mit einem solchen Forschungsareal haben wir es bei der vorliegenden Arbeit der schweizerischen Slawistin und Osteuropahistorikerin Susanne Keller-Giger zu tun, deren tschechische Version (!) bereits 2018 in Prag vorgelegt worden ist. Die hier rezensierte deutsche Ausgabe ist allerdings in einem für sein Interesse am geistigen oder politischen Liberalismus bislang nicht ausgewiesenen Verlagshaus publiziert worden. Der Leser wird dafür quasi mit einer graphisch ansprechenden, reich illustrierten und – mit Abstrichen – gut annotierten Publikation „entschädigt“, der man jedoch anmerkt, dass ein streng reflektierendes und strukturierendes Lektorat unterblieben ist.

Die Autorin, die in den 1990er Jahren als Deutschlehrerin im nordböhmischen Liberec (früher: Reichenberg) tätig gewesen ist, hat damals ihr bleibendes Interesse für die Region, deren Menschen und Geschichte gewonnen. Sie hat sich in der Folgezeit mit der reichen deutschsprachigen Presse Reichenbergs vor 1938 beschäftigt, jener Stadt, die die bevölkerungsreichste der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) mit einer mehrheitlich deutschen Bevölkerung gewesen ist. Dabei begegnete sie zwangsläufig der Persönlichkeit des Parlamentariers und langjährigen Bürgermeisters (1929 – 1938) des Wirtschaftszentrums Reichenberg, Carl Kostka.

Keller-Gigers Recherchen ergaben rasch, dass die Quellenlage für eine von ihr ursprünglich intendierte Biographie Kostkas – vor allem aufgrund der bekanntlich erschütternden Zeitläufte – unzureichend war. So entschloss sie sich, dass politische Wirken Kostkas als Parlamentsabgeordneter und Senator sowie als Parteivorsitzender der im September 1919 in Prag gegründeten „Deutschdemokratischen Freiheitspartei“ (DDFP) nachzuzeichnen und damit zugleich in die Geschichte der DDFP einzuführen,



die bisher in der historischen Forschung keine hinreichende Würdigung erfahren hat. Das politische Wirken Kostkas steht im Vordergrund, seine Persönlichkeit bleibt verborgen.

Neben der deutsch- und tschechisch-sprachigen Sekundärliteratur stützt sich die Autorin vor allem auf zwei Zeitschriften, die 1935–1937 bzw. 1938 unter der Ägide Kostkas publiziert wurden: die „Demokratischen Stimmen“ und die „Deutschen Stimmen“. Während erstere – in Reichenberg erscheinend – ein reines Informationsorgan der DDFP darstellten, gehören die „Deutschen Stimmen“ zu jenen letztlich zum Scheitern verurteilten Bemühungen, alle staatsbejahenden, nicht- sozialdemokratischen oder kommunistischen Kräfte unter den Sudetendeutschen, sprich den „bürgerlichen Aktivismus“ der ČSR zu sammeln, quasi zum „letzten Gefecht“ gegen die Feinde von parlamentarischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der Erscheinungszeitraum dieser gedruckten Quellen deutet bereits an, wo Keller-Gigers Darstellung besonders einprägsam und dicht ist: für die 1930er Jahre bzw. die Jahre der permanenten Staats- und Wirtschaftskrise der ČSR, als der westliche Nachbar Deutschland zu einer immer bedrohlicheren Herausforderung für die Existenz des jungen demokratischen Staates wurde.

Bedingt durch die Quellenlage, aber sicher auch durch das Forschungsinteresse der Autorin, weiß die Studie dem Leser nicht eindeutig zu vermitteln, was ihr zentrales Anliegen ist: Will sie eine dem Vergessen anheim gegebene, liberale, deutsche, vor allem auch deutsch-jüdische Partei der intellektuellen und stadtbürgerlichen Schichten der ČSR in das historische Bewusstsein zurückheben? Oder will sie belegen, dass es in den bürgerlichen Kreisen der Sudetendeutschen nicht nur „geborene“ oder opportunistische Feinde der jungen, mangelbehafteten tschechoslowakischen Demokratie gab, sondern auch liberal-demokratische Geister in akademischen und wirtschaftlichen Kreisen, die sich – wenn gleich zum Teil auch nach anfänglich erheblichen Vorbehalten – fest dazu entschlossen hatten, dem deutsch-nationalistischen „Negativismus“ ade zu sagen und mitzuwirken an einer gleichberechtigten Teilhabe der Bürger deutscher Sprache und Kultur an einer neuen, sich ihrer eigenen Identität (siehe die Schimäre vom „tschechoslowakischen Staatsvolk“) keineswegs sicheren staatlichen Gemeinschaft.

Sicher hätte es der Liberalismusforscher begrüßt, wenn wir mehr von der engeren Parteigeschichte der DDFP erfahren könnten. Gerade ihre Einbettung in die Traditionsgeschichte des österreichischen, aber auch in die des deutschen Liberalismus bleibt farblos und unkonturiert. Offensichtlich ist die Verbindung zum Sozialliberalismus Wiens und Deutsch-Böhmens, wie er durch die Namen Eugen von Philippovich, Marianne und Michael Hainisch sowie vor allem Julius Ofner repräsentiert wurde. Ehemalige Mitglieder kleiner links- oder sozialliberaler Parteien aus Prag, Brünn oder Reichenberg schlossen sich 1919 der jungen DDFP an, deren Programm dem damaligen deutschen Gesandten in Prag, dem Sozialdemokraten Samuel Saenger, „ganz alt und wie von einer seit [18]48 stehen gebliebenen Uhr abgeschrieben“ anmutete, deren „moderne(r) Aufputz“ allenfalls dem ihrer „reichsdeutschen Bruderpartei abgesehen“ sei (S. 9), also der DDP. Führender Kopf der DDFP war – bis zu seinem frühen Tode – der Prager Juraprofessor Bruno Kafka, der als Parlamentarier sowohl unter tschechischen wie deutschen Abgeordneten großes Ansehen genoss.

Bei den ersten Parlamentswahlen des neuen Staates im April 1920 hatte die DDFP zwei Mandate im Abgeordnetenhaus (Kafka und Kostka) und zwei Mandate im Senat (der Prager Verfassungsrechtler Ludwig Spiegel und der Brünner Bauunternehmer Josef Jelinek) erringen können. Die DDFP war damit eine kleine Partei unter den ca. 20 Gruppierungen, die dem ersten ČSR-Parlament angehörten. Bis auf die kommunalpolitische Ebene (die DDFP stellte über Jahre die stärkste Fraktion im Stadtparlament Reichenbergs) blieben Wahlerfolge in der Folgezeit sporadisch.

Zu den programmatischen Leitsätzen der DDFP, insbesondere in ihren frühen Jahren, gehörte die „unbeirrbar Verteidigung“ des Selbstbestimmungsrechts der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe. Der neue Staat, der ein „Nationalitätenstaat“, kein „Nationalstaat“ sein dürfe, benötige ein föderales

System mit Subsidiaritätsprinzip. Die DDFP betonte die Bedeutung von Privateigentum, Privatwirtschaft und freiem Handel, verschloss sich aber nicht der Notwendigkeit sozialer Reformen sowie einer progressiven Besteuerung.

Die „Gretchenfrage“ für alle Sudetendeutschen („Wie hältst Du es mit dem Staat ČSR“) beantworteten die Liberaldemokraten zunächst eher zurückhaltend, um über die Jahre auf einen klaren, „aktivistischen“ Kurs einzuschwenken. Ihr Bemühen um Eigenständigkeit – neben den anderen „aktivistischen“ Parteien der Sudetendeutschen – führte die DDFP zeitweilig in eine fragwürdige Kooperation mit ehemals extrem deutschnationalistischen Repräsentanten unter dem Dach der „Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft“ (DAWG). Diese kollabierte aber 1933, als sich der rechte Flügel der DAWG Konrad Henleins „Sudetendeutscher Heimatfront“ anschloss. Hierbei ging es zuvörderst um opportunistische Machtspiele jüngerer Vertreter aus sudetendeutschen Wirtschaftskreisen, vor allem aber auch um schieren Antisemitismus, in dessen Weltbild die Partnerschaft mit der „jüdischen DDFP“ nun so gar nicht passen wollte.

1934 übernahm Carl Kostka die Führung der DDFP und hielt sie auf einem klaren liberalen, den Grundwerten des neuen Staates zugewandten Kurs. Umso stärker Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Demokratiefeindschaft aus Nazi-Deutschland nach Böhmen hinüberschwappten, umso mehr sich die antideutschen Signale aus der verunsicherten tschechischen Bevölkerung bemerkbar machten, desto eindeutiger und kompromissloser war der Kurs Kostkas auf den Erhalt einer demokratischen und rechtsstaatlichen ČSR gerichtet, wie es in seiner Senatsrede vom 9. März 1938 zum Ausdruck kam. Darin erteilte er einseitigen Grenzverschiebungen und Totalitarismus eine klare Absage – was ihn wenig später sein Bürgermeisteramt kosten sollte und ihn zwang, seinen Lebensmittelpunkt aus dem sudetendeutschen Reichenberg ins mehrheitlich tschechische Prag zu verlegen.

Die deutsche Besetzung resp. Zerschlagung der ČSR erlebte Kostka dann zurückgezogen und unter Beobachtung durch die Gestapo in der Hauptstadt, während viele andere DDFP-Mitglieder, zumal die jüdischen, ihr Heil in der Emigration suchen mussten. Kostka, der überzeugte Böhme, blieb – auch als man ihm nach 1945 zunächst die Staatsangehörigkeit der wiedererstandenen Tschechoslowakei verweigern wollte. Es bedurfte der Unterstützung aus dem Umfeld des Staatspräsidenten Edvard Beneš, um Kostka einen Lebensabend in Prag zu ermöglichen, wo er im Mai 1957 verstarb – fern vom Getriebe aktueller Politik in einer neuen, totalitären Diktatur.

Profunde Kenner der tschechischen und der sudetendeutschen Geschichte im 20. Jahrhundert haben schon wiederholt festgestellt, dass wir viel zu wenig von all jenen politischen Akteuren wissen, die nicht in die gängigen Gliederungsschemata sudetendeutscher Vergangenheitsbewältigung passen. Susanne Keller-Giger zeigt in ihrer Studie mit Sachkenntnis und Engagement, dass es nicht ausreicht mit den Termini „Nazis/Henlein-Partei“ hier und „Sozialdemokraten“, „Christliche(Katholische) Volkspartei“ und „Agrarier“ dort zu operieren – so wie es gerade auch in der deutschen Rückbetrachtung nach 1945 üblich geworden ist. Es gab die deutschen liberalen Stimmen in der Innenpolitik der ČSR, die bis ins Jahr 1938 um Verständnis warben für die „Kinderkrankheiten“ und Geburtsfehler des neuen Staates, die aber zugleich erkannt hatten, dass ein Scheitern des Staatsexperiments auch das endgültige Scheitern des Zusammenlebens von Sudetendeutschen und Tschechen in einem Staat bedeuten könne.

Der liberale Jurist und Parteiführer, Verbandsfunktionär und Kommunalpolitiker Carl Kostka gehörte zu ihnen. Umso bemerkenswerter – und leider eben auch bezeichnend – ist die Tatsache, dass Reichenbergs Bürgermeister auch 75 Jahre nach seinem Ableben in der Chronik des sudetendeutschen „Heimatkreises Reichenberg“ keinerlei Erwähnung findet. Der Ungeist jener, die Kostka im März 1938 des „glatten Volksverrats“ bezichtigten, er wirkt offenbar leider bis in die Gegenwart fort. In seiner

Heimatstadt Liberec/Reichenberg zumindest ehrt man Bürgermeister Kostka seit 2020 mit einer Büste vor dem Ratssaal.

Bad Honnef

Hans-Georg Fleck



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

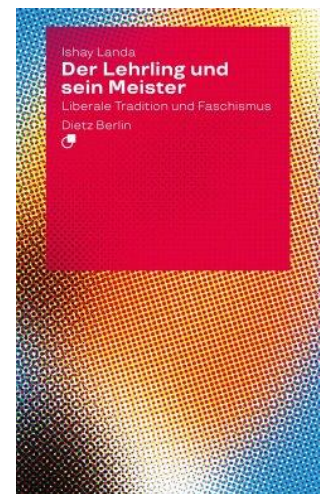


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Ishay Landa: Der Lehrling und sein Meister. Liberale Tradition und Faschismus.

Berlin: Karl Dietz Verlag 2022, 2. Aufl., 407 S., ISBN 978-3-320-02383-6

Max Horkheimers Diktum am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, solle auch vom Faschismus schweigen, hat schon lange nur noch historiographischen Wert. Spätestens seit den Arbeiten von Henry A. Turner wurde ein erheblich vielschichtigeres Verhältnis zwischen Kapitalismus und Faschismus herausgearbeitet und die Verantwortung der Industrie für den Aufstieg des Nationalsozialismus differenziert dargestellt. Und auch die Forschungen zum Liberalismus als zentrale politische Weltanschauung des Kapitalismus sind schon lange von starren Sonderwegthesen und Kontinuitätsannahmen abgerückt, die dem „Versagen“ der Liberalen eine Mitverantwortung für 1933 zugesprochen hatten. Stattdessen hat die neuere Liberalismus-Forschung die Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit sowie die Vielgestaltigkeit der europäischen „Liberalismen“ (Michael Freeden) in den Fokus gerückt, die auf das „offene Weltanschauungsfeld“ (Lutz Raphael) des Nationalsozialismus mit seinen vielgestaltigen Ideologemen trafen. Bestimmte historische Konstellationen konnten dazu führen, dass Liberalismus und Nationalsozialismus nicht als Antipoden auftraten, sondern ihre Beziehung ideelle Schnittmengen und pragmatische Annäherungen jenseits eindimensionaler Kausalzuschreibungen zuließen.¹



Vor diesem Hintergrund weckt die Studie des an der Open University of Israel lehrenden Historikers Ishay Landa über „Liberale Tradition und Faschismus“ große Erwartungen. Bereits 2010 auf Englisch erschienen, liegt der Band seit 2021 in deutscher Übersetzung vor, nun bereits in zweiter Auflage. Landa macht von Beginn an deutlich, was er mit seiner Studie bezweckt: die Genese des Faschismus aus dem Liberalismus nachzuweisen. Die liberale Ordnung habe „wesentlich zum Faschismus und seinen extremen Positionen“ beigetragen, die ohne das „liberale Setting historisch undenkbar sind“ (S. 17). Landa rennt offene Türen der Geschichtswissenschaft ein, wenn er betont, dass der Liberalismus nicht zeitlos, sondern als „historischer Prozess“ zu begreifen sei. Die liberale Anpassungsbereitschaft kennt bei ihm allerdings fast nur eine Richtung: hin zum Faschismus. Unausgesprochen erweist er sich als Vertreter der marxistischen Agenten- bzw. Bonapartismustheorie, nach der die Bourgeoisie dem Faschismus die diktatorische Gewalt überlassen habe, um den Kapitalismus zu retten. Sein Gegner ist die vermeintliche „Mainstream-Geschichtswissenschaft“, die den Klassencharakter des Faschismus ausblende, in totalitarismustheoretischer Absicht die Wahlverwandtschaft von Faschismus und Sozialismus betone und den Faschismus irrtümlicherweise beim Wort nehme. So könne der Liberalismus als „ultimative Antithese zum Faschismus“ (S. 13) dargestellt werden. Gegen diesen vermeintlich „neuen

¹ Elke Seefried / Ernst Wolfgang Becker / Frank Bajohr / Johannes Hürter (Hrsg.): Liberalismus und Nationalsozialismus. Eine Beziehungsgeschichte, Stuttgart 2020.

Konsens“ (S. 14) einer „idealistischen Geschichtswissenschaft“ (S. 10) wendet sich Landa. Er möchte die „Lügen, Mythen und Demagogie“ (S. 25) hinter der faschistischen Ideologie aufdecken und sie in den historischen Kontext einbetten. Weil er aber weitgehend auf den ideengeschichtlichen Höhenkämmen der Texte seiner Gewährsleute verbleibt, gerade keine angemessene Kontextualisierung betreibt und zugleich betont, die ausgewählten Texte „ernst nehmen“ zu wollen (S. 24), ist seine Arbeit bereits vom Ansatz her widersprüchlich und inkonsistent.

Zentral für Landas Argumentation ist die dem Liberalismus schon immer inhärente Ambivalenz, die dann im 19. Jahrhundert und vor allem seit der Revolution von 1848/49 offenkundig wurde. Unter dem Ansturm der Massen habe sich der Wirtschafts- vom politischen Liberalismus abgespalten. Während letzterer vom Sozialismus absorbiert worden sei und somit aus dem Blickwinkel Landas rückt, richtet er sein Interesse vor allem auf die ökonomische Seite der Spaltung. Der Wirtschaftsliberalismus habe gezeigt, dass liberale Kernelemente wie Parlamentarismus, Verfassung, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft nur instrumentell zum Schutze des Kapitalismus verfolgt worden seien. Sobald die politische Seite des Liberalismus demokratische und soziale Begehrlichkeiten der Massen geweckt habe, offenbarten sich die antidemokratischen und totalitären Implikationen des ökonomischen Liberalismus, um die kapitalistische Eigentumsordnung zu bewahren. Wenn Landa dann auch noch den „Möchtegern-Aristokraten“ (S. 114) Oswald Spengler als Antisozialisten mit einer „manchesterkapitalistischen Agenda“ (S. 71) interpretiert und die wirtschaftspolitischen Konzepte Hitlers als eine „recht kohärente Weltanschauung“ innerhalb der „kapitalistischen Norm“ deutet (S. 97), dann steht einer „wunderbaren Vermählung“ (S. 66) von Wirtschaftsliberalismus und faschistischer Politik nichts mehr im Wege. Am liberalsten sei der Faschismus immer dann, „wenn es um die Verteidigung des Kapitalismus ging“, antiliberal nur dann, wenn es um die politischen Positionen des Liberalismus ging, die der kapitalistischen Wirtschaft gefährlich würden (S. 121).

Um seine These, dass sich Faschismus und Liberalismus nicht antagonistisch gegenüberstehen, zu stützen, führt Landa die Kategorie der „antiliberalen Liberalen“ ein, welche die wirtschaftsliberalen und antisozialistischen Seiten des Faschismus bezeugen sollen. Gegen den Strich bürstet er einen disparaten Personenkreis aus Präfaschisten und spürt deren wirtschaftsliberalen Implikationen nach: Moeller van den Bruck habe seinen Glauben an den Sozialismus nur „simuliert“ (S. 127), sei ein Verfechter eines westlichen ökonomischen Liberalismus und ein Gegner liberaler Politik gewesen. Proudhon habe als „Marktanarchist“ (S. 148) einen „Kapitalismus in Reinform“ (S. 157) gewollt. Carl Schmitt als „gerissener Jurist“ (S. 194) habe seine wahren Absichten verschleiert und von rechtsextremer und antidemokratischer Position aus eine liberale Selbstkritik formuliert, die den wirtschaftsliberalen Urzustand einer Elitenherrschaft ohne demokratische Einflüsse zurücksehnte. Und George Sorel als Protofaschist sei der Verfechter eines Laissez-faire-Kapitalismus gewesen, der in einem „Marxismus-Manchesterismus“ (S. 214) seine Erfüllung gefunden habe.

In den beiden letzten Kapiteln will Landa „liberale Mythen“ entlarven. So seien erstens Liberale wie Tocqueville mit ihrer Warnung vor der „Tyrannei der Mehrheit“ nicht kritische Propheten des Schreckens des Faschismus gewesen, sondern vielmehr Vordenker von dessen antidemokratischen Methoden, um die Eigentumsverhältnisse zu schützen; er verkörpere geradezu die bereits seit John Locke bestehende „liberale Abstammungslinie des Faschismus“ (S. 240) und den „autoritären Instinkt“ (S. 245), den Kapitalismus über das Gesetz zu stellen. Zweitens sei die Zuschreibung von Individualismus zum Liberalismus und von Kollektivismus zum Faschismus weniger eindeutig, wenn das (revolutionäre) Individuum der Wirtschaft untergeordnet werde und das faschistische Führerprinzip eine „fetischisierte Form des Individualismus“ (S. 274) sei, die sich „auf geheimnisvolle Weise“ exklusiv in einzigartigen Menschen manifestiere (S. 275). Die Bedeutung verschiedener Aspekte von Individualität für den

Nationalsozialismus hat die Forschung mittlerweile erheblich differenzierter herausgearbeitet.² Drittens möchte Landa mit dem Mythos aufräumen, der Liberalismus sei demokratisch. Vielmehr bediene er sich einer esoterischen Lehre und begünstige eine faktische Elitenherrschaft in einer nominellen Demokratie, in welcher der „König Demos“ von der Macht ferngehalten werde. Faschismus sei also eine „Rückkehr zum klassischen Liberalismus“ (S. 281). Dass die autoritären Tendenzen bei Wirtschaftsliberalen wie Friedrich von Mises und im Ordoliberalismus, aber auch im politischen Liberalismus der Weimarer Republik schon lange von der Geschichtswissenschaft herausgearbeitet wurden, ficht Landa als selbsterklärten Mythenzerstörer offensichtlich nicht an. Und wenn der Historiker mit dem Hammer meint, er müsse den Mythos zerschlagen, ein nationalistischer Faschismus habe einem kosmopolitischen Liberalismus gegenübergestanden, dann sind ihm offensichtlich die zahlreichen Studien entgangen, welche die imperialistischen, völkischen, rassistischen und antisemitischen Tendenzen gerade auch im politischen Liberalismus herausgearbeitet haben – freilich ohne simple Kausalitäten herzustellen.³ Die von Landa geschmähten „Mainstream-Interpretationen“ (S. 323), welche die Wechselwirkungen und Affinitäten zwischen Liberalismus und Nationalismus unterschlagen hätten – sie sind letztlich ein Mythos.

Im Nachwort macht es sich der Autor zur Aufgabe, den Faschismus als „internationale Koproduktion“ auch in den liberalen Demokratien des nordwestlichen Europas nachzuweisen. Vor allem im britischen „Kryptofaschismus“ habe eine Elite die Kontrolle über die demokratischen Institutionen übernommen und „König Demos an der Nase“ herumgeführt (S. 338). Diese „historischen Fakten“ hätten die „Mainstream-Geschichtswissenschaften“ ebenso unterschlagen (S. 336) wie eugenische Lehren und rassistische Vorurteile in den Klassen-Demokratien des Nordwestens. Die große Attraktivität des Faschismus nicht nur in Zentraleuropa, sondern auch im liberalen Nordwesten spräche dafür, den „wahren Sonderweg“ nicht allein Deutschland, Italien oder Österreich vorzubehalten, sondern als einen „Weg des Westens“ zu begreifen (S. 351).

Abschließend lässt sich festhalten, dass Ishay Landa in seiner Studie angesichts einer breit aufgefächerten und differenzierten Liberalismus-, Faschismus- und NS-Forschung eine reizvolle Fragestellung verfolgt. Indem er seine intellektuellen Gewährsleute oft gegen den Strich bürstet und interpretiert, gelingt es ihm, überraschende Schnittmengen und Verbindungslinien zwischen Liberalismus und Faschismus herzustellen. Doch der vermeintliche Erkenntnisgewinn desavouiert sich bedauerlicherweise selber. In dieser Studie feiert eine orthodox-marxistische Agententheorie unfrohe Urstände und zwingt ihren Gegenstand in dieses Deutungskorsett. Neologismen wie „Marxismus-Manchesterismus“ oder „antiliberaler Liberale“ geben einen Eindruck davon, wie den Quellen Gewalt angetan wurde. Ohne analytischen Faschismusbegriff bleibt zudem die Einordnung seiner Protagonisten fragwürdig. Entgegen seiner Absicht argumentiert Landa rein ideengeschichtlich und vernachlässigt den historischen Kontext, obwohl es gerade auch in der Praxis zahlreiche Annäherungen von Liberalen politischer und ökonomischer Provenienz an den Nationalsozialismus gab.

Ohnehin ist die Spaltung in politischen und Wirtschaftsliberalismus viel zu holzschnittartig geraten, weil es in Personen und Parteien zu vielfältigen Überschneidungen kam und der Liberalismus sich in zahlreiche Spielarten auffächerte. Kapitalismus und Wirtschaftsliberalismus unterscheidet der Autor nicht. Ihm entgeht, dass spätestens nach dem Ersten Weltkrieg und den Wirtschaftskrisen der Weimarer Republik der uneingeschränkte Freihandel kein Leitwert im ökonomischen Liberalismus war, was

² So Moritz Föllmer: Wie kollektivistisch war der Nationalsozialismus? Zur Geschichte der Individualität zwischen Weimarer Republik und Nachkriegszeit. In: Birthe Kundrus / Sybille Steinbacher (Hrsg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2013, S. 30-52.

³ Zum Beispiel Eric Kurlander: The Price of Exclusion. Ethnicity, National Identity, and the Decline of German Liberalism, 1898-1933, New York u.a. 2006.

diesen wiederum gerade anschlussfähig an die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus machte.⁴ Und auch der politische Liberalismus, dessen Erbe Landa vor allem bei den Sozialisten ansiedelt und den er wohlwollend in seiner Arbeit vernachlässigt, wies Affinitäten zum italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus auf, war aber in der Zwischenkriegszeit zugleich ein Labor für die zukunftsweisenden Ideen einer wehrhaften Demokratie oder eines gezähmten Kapitalismus.⁵ Solche Perspektiven entgehen freilich einem Autor, der fälschlicherweise die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) als Nachfolgepartei der Nationalliberalen rubriziert (S. 342). Die Evidenzen seiner Aussagen unterstreicht er oftmals mit befremdlichen Vergleichen aus der Alltagswelt (S. 209, 241).

Schwer erträglich sind die Invektiven gegen sogenannte „Mainstream-Geschichtswissenschaftler“, die Landa regelrecht vor ein Tribunal stellt: „Die Historiker – wie [Fritz] Stern und [George] Mosse [...] – können für schuldig befunden werden, den historischen Kontext zu vernachlässigen“ (S. 132). Hier arbeitet er sich an Pappkameraden ab, ohne die differenzierte Forschungslandschaft zu berücksichtigen. Dahinter steht letztlich eine geschichtspolitische Agenda, die explizit einen Kommentar zu gegenwärtigen politischen Fragen abgeben möchte. Ihr Ziel ist es, die liberal-parlamentarische Demokratie als elitär und scheindemokratisch zu entlarven und in der Form des sogenannten Neoliberalismus zu dis-kreditieren: „Der Liberalismus hat sich in Gestalt des Neoliberalismus von seinem demokratischen Trübsal befreit, um seine einstige, elitäre Kraft zurückzuerhalten“ (S. 182). Die repräsentativ-liberalen Demokratien des Westens würden auch nach dem Zusammenbruch der faschistischen und totalitären Diktaturen das Volk weiterhin „geschickt“ lenken, ja in „mancher Hinsicht werden das Taktieren und Verschleiern sogar noch effizienter“ als im Faschismus (S. 295). Welche Art Volksdemokratie als Gegenmodell zur liberalen Demokratie Landa hier vorschwebt, bleibt offen. Eindeutig ist seine geschichtspolitische Absicht, mit der er seinen geschichtswissenschaftlichen Ansatz desavouiert.

Abschließend noch ein Wort zum Titel der Arbeit: Landa stellt ihr die letzten Strophen der Ballade „Der Zauberlehrling“ von Goethe voran. Doch wer ist der Lehrling, wer der Meister, wer der Besen? Hatte der liberale Lehrling die demokratischen Kräfte entfesselt, die erst der Faschismus wieder zu bändigen wusste? Oder gelang es dem Liberalismus nicht, die zerstörerische Dynamik des Faschismus wieder einzufangen? Oder sprechen wir von einem „liberalen Meister“ (S. 221), von dem der Faschismus gelernt habe? So bleibt das Verhältnis von liberaler Tradition und Faschismus unscharf. Vielleicht hätte der Autor seiner Arbeit das Diktum Horkheimers voranstellen sollen – dann wäre klar, wessen Geistes Kind sie ist.

Stuttgart

Ernst Wolfgang Becker



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

⁴ So z.B. Philipp Müller: Zeit der Unterhändler. Koordinierter Kapitalismus in Deutschland und Frankreich zwischen 1920 und 1950, Hamburg 2019.

⁵ Jens Hacke: Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit, Berlin 2018.



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Maak Flatten: Scharnierzeit der Entspannungspolitik. Willy Brandt als Außenminister der Großen Koalition (1966-1969).

Bonn: J.H.W.Dietz Nachf., 2021 (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte Bd. 111), 759 S., ISBN 978-3-8012-4277-0

In der guten alten Zeit der Bonner Republik waren Große Koalitionen selbstverständlich eine Ausnahme. Selbst in der schwierigen Anfangszeit nach 1949 setzten sich auf Bundesebene Politiker durch, die eine starke Regierung und eine starke Opposition wollten und keine Allparteienregierung, wie es sie in manchen Bundesländern gab. Nach dem Scheitern der Regierung Erhard aus CDU/CSU und FDP im Herbst 1966 kam es dennoch zur Bildung einer Großen Koalition von CDU/CSU und SPD unter der Führung von Kurt Georg Kiesinger, des bisherigen CDU-Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, weil die einzige Alternative im Deutschen Bundestag, eine sozialliberale Koalition, allenfalls eine rechnerische, aber kaum eine politisch stabile Mehrheit gehabt hätte. Außenminister und Vizekanzler wurde der bisherige Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt.

Die meisten Beteiligten waren sich aber zunächst einig, dass dies nur eine Lösung bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 1969 sein sollte, nicht zuletzt, weil beide Seiten nach der nächsten Bundestagswahl auf eine für sie jeweils günstigere Konstellation hofften. Daher war die Große Koalition von Anfang an nur als Notbehelf gedacht, bis zur Rückkehr zu bürgerlichen unionsgeführten Regierungen oder als Übergang zu einer neuen politischen Konstellation, bei der die SPD auf die Hilfe des „Genossen Trend“ setzte. Trotz des sehr guten Wahlergebnisses für die Union 1969 behielt die SPD unter der Führung Brandts, der schon 1961 und 1965 ihr Spitzenkandidat gewesen war, recht. Die Große Koalition öffnete so den Weg der SPD zur Kanzlerpartei, und der Vizekanzler der Großen Koalition wurde der erste Bundeskanzler einer sozialliberalen Bundesregierung.

Auch in Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik erscheint die Große Koalition als Übergang von der als überholt angesehenen Politik der Ära Konrad Adenauer (Stichwort: Hallstein-Doktrin) zur Neuen Ostpolitik unter Brandt und seinem FDP-Vizekanzler Walter Scheel. Immer wieder wird auf die konzeptionellen Vorarbeiten verwiesen, die im Auswärtigen Amt unter Brandts engem Vertrauten Egon Bahr für die Politik nach 1969 geleistet wurden, ebenso auf die große Bedeutung, die die Vizekanzlerschaft für Brandt als Lehrzeit gehabt habe, trotz seiner langjährigen Berliner Regierungserfahrung.

Flatten legt mit seiner Arbeit eine gründliche und umfassende Untersuchung der Jahre Brandts als Außenminister vor, mit der er dieser Zeit eine größere Bedeutung für die Außenpolitik seines Protagonisten zuschreiben will, die mehr als eine bloße zeitliche Übergangsphase gewesen sei. Insofern soll diese Arbeit vor allem ein Beitrag zu einer wissenschaftlich fundierten Biografie Willy Brandts sein.



Als Ergebnis seiner Studie hält Flatten fest, dass die außenpolitischen Divergenzen zwischen Kiesinger und Brandt bzw. zwischen beiden Regierungsparteien größer und tiefergehend waren als oft angenommen und über bloße Kompetenzstreitigkeiten zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt weit hinausgingen, vor allem im Bereich der Ost- und Entspannungspolitik. Dabei gelang es den Akteuren der Großen Koalition zunächst durchaus gemeinsam, Anschluss an die westliche Entspannungspolitik zu finden und die drohende Gefahr einer relativen Isolierung abzuwenden. Allerdings wurden die Differenzen bereits kurz nach der Gründung der Großen Koalition deutlich sichtbar – bis hin zur Drohung mit dem Bruch der Koalition bei der Frage des Beitritts zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Während Brandt darin ein Instrument sah, mit dem andere Staaten den von der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1954 ausgesprochen Atom-Verzicht für sich übernehmen, wollte offenbar vor allem der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß damit für Bonn die nukleare Option offenhalten.

Für die Deutschland- und Ostpolitik bedeutete die Große Koalition eine gewisse Entkoppelung von Fortschritten in der Entspannungspolitik und in der Deutschlandpolitik. Praktische Folgen Richtung Osten hatte dies jedoch kaum, auch weil die Jahre 1966 bis 1969 laut Flatten als konzeptionelle und politische Findungsphase zu werten sind. Das, was nach 1969 als Neue Ostpolitik umgesetzt werden sollte, lag im Herbst 1966 noch keineswegs in den Schubladen, weder in denen von Brandt noch in denen von Bahr. Das zentrale Element der Neuen Ostpolitik sollte der Gewaltverzicht sein, mit dem Brandt den Status quo zwischen Ost und West anerkennen wollte, aber nicht, um ihn, wie man auf CDU-Seite befürchtete, festzuschreiben, sondern um ihn zu verändern. Die Entwicklung dieses Konzepts schreibt Flatten sehr deutlich Brandt zu, den er, anders als manche Autoren, nicht nur als bloßen Verkäufer der Ideen Bahrs sieht.

Auf der Basis der vorliegenden Literatur und vor allem deutscher Quellen erörtert Flatten diese Fragen sehr gründlich und detailliert. Mehr als 700 Seiten bieten dafür reichlich Raum. Dabei hebt der Autor immer wieder die Eigenständigkeit der Außenministerjahre in der politischen Biographie Brandts hervor – über alle Themen und Phasen hinweg.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Daniel Bordiehn: Manfred Gerlach, LDP(D). Eine politische Biographie.

Berlin u.a.: Peter Lang, 2022 (Zivilisationen & Geschichte, Bd. 71), 462 S., ISBN 978-3-631-86605-4

„Ost‘ versus ‚West‘“ bleibt in der deutschen Selbstbespiegelung auch unserer Tage ein Dauerbrenner. Zu dieser Erkenntnis hätte es sicher nicht erst des (ehrbaren) Pamphlets von Dirk Oschmann oder jüngster AfD-Wahlresultate bedurft. Faktum ist, dass das periodisch in der Medienlandschaft bespielte Thema zwar deutsch-deutsche Befindlichkeiten der Gegenwart paraphrasiert, aber kaum ein Mehr an Verständnis für die jeweiligen politischen Prägungen, die Lebensgeschichten und Lebenserfahrungen der Menschen in den beiden „Hälften“ Gesamtdeutschlands evoziert. Aus diesem Blickwinkel ist daher nahezu jede (wissenschaftliche) Bemühung um vermehrtes Wissen, Sachkenntnis, aber auch Empathie für die beiden Lebenswelten, die sich ja – gerade auch im Rückblick – kaum fremder gegenüberstehen könnten, positiv zu bewerten.

Der Altphilologe und Historiker Daniel Bordiehn hat in seiner 2018 der Freien Universität Berlin vorgelegten, für die Veröffentlichung leicht überarbeiteten Dissertation zwar nur einen bescheidenen Mosaikstein realer Lebenswelt im sozialistischen deutschen Staat tangiert, spannt aber immerhin einen weiten zeitlichen Bogen von der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Sowjetischen Besatzungszone bis zur Auflösung des aus ihr hervorgegangenen Staates der „Arbeiter und Bauern“ 1989/90. In der politischen(!) Biographie Manfred Gerlachs, des LDPD-Generalsekretärs (seit 1954) bzw. LDPD-Vorsitzenden (von 1967 bis 1990), wird der Blick sehr konzentriert auf Aspekte der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR über mehr als 40 Jahre hinweg gerichtet. Als Quellengrundlage dienen dem Verfasser im Wesentlichen die überlieferten Parteiakten der LDPD, der SED-ZK-Abteilung „Befreundete Parteien“ (die viel zitierte „Abteilung“) und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) sowie die umfangreiche Sekundärliteratur, insbesondere zum Untergang des SED-Staates. Hinzu kommen Schriften und Memoiren Gerlachs. Wer hier jedoch Aspekte der „Oral History“ erwartet oder erhofft, wird sicher enttäuscht: Vom Privatmenschen Gerlach, seinen persönlichen Lebensverhältnissen, aber auch von der über Jahrzehnte (letztlich unangefochten) von ihm geführten Partei, ihren Strukturen und ihrem übrigen Führungspersonal erfahren wir so allenfalls am Rande – und dann wenig Neues. Der Autor selbst weiß um diesen gravierenden Mangel (S. 427), sieht sich aber durch die (Un-)Zugänglichkeit der Quellen exkulpiert.

Bordiehns Augenmerk liegt konzentriert auf zwei Ebenen: Ihn interessiert das Funktionieren des Blockpolitikers Gerlach in einem von Partei (SED) und MfS dominierten politischen System, das der einstmal



Manfred Gerlach, LDP(D) – Eine politische Biographie

David Bordiehn

PETER LANG

aus liberalem Geist gegründeten LDPD allenfalls die Funktion eines Transmissionsriemens von Beschlüssen der „Partei der Arbeiterklasse“ in verbliebene Restbestände einer welthistorisch zum Untergang verurteilten „bürgerlichen Klasse“ oder Mittelschicht zubilligte. Das „biographische Nachvollziehen des Handelns“ seines Helden soll – so Bordiehn – die „Strukturen und Herrschaftsmechanismen des SED-Staates“ ausleuchten (S. 30) und die Befassung mit einem prononcierten Funktionsträger der „zweiten Reihe“ zugleich einen Beitrag zur Klärung der „rätselhaften Stabilität“ (A. I. Port) der DDR leisten. Der zweite Aspekt, den Bordiehn – detailreich und gelegentliche Redundanzen nicht scheuend – dreht und wendet, ist die Rolle Gerlachs beim „Streamlining“ der LDPD im sozialistischen System. Hier reibt sich der Verfasser vor allem an Interpretationen der Gerlach'schen Entwicklung in der vorhandenen LDPD-Literatur, die u.a. mit dem Begriff „Krypto-Liberalismus“ und der „Läuterungsthese“ charakterisiert werden.

Aus Bordiehns Sicht konnte sein Held, dem er „Eigensinn, Führungsbegabung und Führungswillen“ (S. 40) zubilligt, schlicht nicht zum „Liberaldemokrat in Fesseln“ werden, weil er weltanschaulich niemals ein „Liberaler“ gewesen sei. Gerlach habe vielmehr unter dem Einfluss des „Russenknechts“ Wilhelm Külz und des „russophilen“ Wilhelm von Stoltzenberg gestanden, nie auf die „Klassiker des Liberalismus“ Bezug genommen. Aus welcher Interpretationslinie des Liberalismus Bordiehn selbst stammt wird dabei an anderer Stelle (S. 232) offenbar, wenn er die fehlende Bezugnahme der LDPD-„Traditionspflege“ u.a. auf Ludwig von Mises und Eugen Richter(!) bemängelt – John Stuart Mill ignorierend. Den raschen Aufstieg seines 1928 geborenen Helden sieht Bordiehn weniger in einem ideologisch konnotierten Kontext als in den grundstürzenden gesellschaftlichen Umbrüchen der Zeit, die einer jungen, unbelasteten Generation ungeahnte Karrieremöglichkeiten eröffneten. Als gut vernetzter FDJ- und LDP-Jugendfunktionär machte Gerlach eine steile Karriere.

In den 1950er und frühen 1960er Jahren habe Gerlachs Rolle in der LDPD hauptsächlich darin bestanden, die immer wieder aufmüpfige, die Entwicklung des SED-Staates hinterfragende Parteibasis bei der Stange zu halten und zugleich erfolgreiche „Überzeugungsarbeit“ für den sich entfaltenden autoritären Sozialismus zu leisten. Bordiehn bescheinigt Gerlach hierbei zwar nur sehr bedingten Erfolg, aber er habe sich dabei sowohl bei der herrschenden Partei als auch an der LDPD-Parteibasis bleibendes Vertrauen erworben – eigentlich eine taktische Meisterleistung, gleichsam die Quadratur des Kreises! Mit einer Reihe philologischer Klimmzüge charakterisiert der Autor Gerlachs Handeln in dieser historischen Phase als „antizipierende Folgsamkeit“, als „Gehorchen und Gehorchen-Wollen“. „Karriereziel und Handeln“ Gerlachs habe nicht im Widerspruch zu seinen politischen Überzeugungen gestanden, „sondern sie ergänzten sich“ (S. 156).

Kenntnisreich zeigt Bordiehn, wie Gerlach in und mit der Partei den „Alltag des Blockpolitikers“ in kritischen Zeiten (Mauerbau, Prager Frühling, Sturz Ulbrichts, enttäuschte Hoffnungen auf neuen Aufbruch mit Erich Honecker) durchlebt. „Routine“ sei der wesentliche Faktor des politischen Alltags dieser Jahrzehnte gewesen. Sie habe Gerlachs Selbstsicherheit im Umgang mit der zunehmend verkrustenden Staatspartei gestärkt und wachsenden Widerspruch begünstigt bei gleichzeitig zunehmender „Ernüchterung“ und ideologischer „Auslaugung“ (S. 273) – in der DDR-Gesellschaft, der LDPD und bei Gerlach persönlich. Auch für diese historische Phase will der Autor das Handeln seines Helden partout unter einen Leitbegriff stellen: Entgegen eingeführter Termini zur Charakterisierung des politischen Handelns in diktatorischen Regimen („Widerwilligkeit“, „Widerspruch“ oder auch „Loyalität“) sieht Bordiehn bei Gerlach eine „Gleichzeitigkeit von Widerspruch und Treue“ (S. 278), die er als „Fügsamkeit“ kennzeichnet – ein sperriger, nur kompliziert begründbarer Begriff, der schwerlich als eine Maxime diktatur-immanenten Handelns in die Literatur eingehen dürfte.

Ausgehend von dem – von SED-Zensur und LDPD-Selbstzensur – unterdrückten „Reform-Manuskript“ Gerlachs in den späten 1970er Jahren, in dem – in nicht unbedingt originärer, aber klarer Weise – die

Probleme des politischen Systems und der Wirtschaft im Sozialismus angetönt werden, versucht Bordiehn sich im dritten Teil der Biographie der Frage zu nähern, ob Gerlach in den 1980er Jahren „Reformjäger oder Reformgejagter“ gewesen sei. Zunächst bestreitet er sowohl Intention als auch Erfolg eines in der Literatur identifizierten „Liberalisierungskurses“ der LDPD in den 1980er Jahren. Er kann zwar Belege für das Scheitern derartiger Bemühungen beibringen, was aber nicht – wie es hier geschieht – den Rückschluss auf die Intentionen der „Reformakteure“ zulässt. Gerlachs „Strategiewechsel“ sei erfolglos geblieben und habe „sogar als von der SED einkalkuliertes und willkommenes Element ihrer Herrschaftssicherung“ gedient (S. 346).

Es gelingt Bordiehn zuletzt, erneut detailreich und überzeugend zu zeigen, wie der „Reformer“ Gerlach just in jenem historischen Moment zum „Zögerer“ (S. 367), ja zur loyalen Stütze des in seinen Grundfesten erschütterten SED-Systems wurde, als sich in einem schmalen Zeitfenster des Herbstes 1989 die Chance geboten hätte, sich an die Spitze einer neuen, jungen, jeglichem Karrierismus und Opportunismus abholden Generation zu setzen. Als sich mit der Bildung des „Zentralen Runden Tisches“ ein Medium zur politischen Demokratisierung und (!) Stabilisierung der DDR auftat, zog Gerlach alte, inzwischen von der Realität längst überholte LDPD-Reformforderungen für die DDR-Volkskammer und den „Demokratischen Block“ aus der Tasche – und verweigerte sich so den zivilgesellschaftlichen Reformforderungen. Die „neue Zeit“ zog somit nicht „mit Gerlach“, sondern an ihm, der gerade als frisch gewählter Staatsratsvorsitzender der DDR den formalen Höhepunkt seiner politischen Karriere erreicht hatte, vorbei.

Ausschlaggebende Faktoren für das Handeln des ansonsten gewieften Taktikers Gerlach sind im Herbst 1989 aus Sicht Bordiehns dessen „Festhalten an der Staatssouveränität der DDR“, die Einschätzung, dass das Festhalten am Sozialismus der Mehrheitsmeinung der DDR-Bürger entspreche und – last but not least – Gerlachs „Furcht vor Anarchie und Revolution“ (S. 377). Gerlachs Handeln sei nicht von der Erwartung einer fortdauernden SED-Herrschaft bestimmt gewesen, sondern es habe deren Bestandsicherung gedient (S. 417), was Gerlach allenfalls als „systemimmanenten Reformen“ ausweise – weniger als zu wenig in revolutionären Zeiten.

Manfred Gerlach, der dann durch sein zweifelhaftes Agieren in den letzten Lebensjahren nur ohnehin bestehenden Vorurteilen gegen den „anpasserischen Funktionär in Diensten von SED und MfS“ Vor Schub geleistet hat, ist sich treu geblieben. Nahezu bis zum Ende seiner politischen Karriere und der politischen Ordnung, die er zweifellos als „die Seine“ verstanden hat, gelang ihm der Spagat zwischen Systemloyalität und einer Nuance von oppositionellem Geist, der seine wankelmütige Parteibasis weit hin zufrieden stellte, ohne dass er sich mehr denn gelegentliche „Gelbe Karten“ des Systems einhandelte. Dieses Fazit weiß Bordiehn gut zu begründen und zu belegen. Erst zukünftige Studien zu DDR-Akteuren der „zweiten Reihe“ werden erweisen, ob hier interpretatorische Maßstäbe gesetzt worden sind.

Was allerdings die editorische Leistung dieser Publikation anbelangt, wären eine orthographische Überarbeitung, eine Straffung des überbordenden und redundanten Anmerkungsapparates, die Anlage eines Abkürzungsverzeichnisses und eine ergänzende Korrektur des Personenregisters höchst ratsam gewesen. In einer Arbeit zur historischen Liberalismus-Forschung sollte uns schlicht kein „Hans-Hermann Flach“ (richtig: Karl-Hermann Flach) begegnen.

Bad Honnef

Hans-Georg Fleck



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

